



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

Länderbericht Frankreich

Stand: Juni 2021

INHALT

<i>Allgemeine wirtschaftliche Lage</i>	3
<i>Situation der Landwirtschaft</i>	6
Strukturen und Wettbewerbsfähigkeit	6
Ausgewählte Märkte (Pflanzliche Produktion, Wein, Milch, Fleisch)	8
Pflanzliche Produktion	8
Wein	8
Milch	9
Fleisch	10
<i>Situation der Ernährungswirtschaft</i>	12
<i>Außenhandel mit Ernährungsgütern und Landtechnik</i>	16
<i>Politische Rahmenbedingungen</i>	18
Regierungsumbildung	18
Ernährungssouveränität, Agrarpatriotismus, Rückverfolgbarkeit	18
Agrarökologie	20
Gemeinsame Agrarpolitik	20
Agrarhandelspolitik	25
Agrarumweltpolitik	27
Gentechnisch veränderte Organismen (GVO)	28
Absicherung gegen Risiken	28
Tierproduktion	29
<i>Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich</i>	30
<i>Ausblick</i>	31
<i>Kontakte</i>	32
<i>Anhänge</i>	34
Anlage 1: Länderprofil Frankreich	34
I. Allgemeine Angaben	34
II. Agrarwirtschaftliche Basisdaten: Deutschland – Frankreich im Vergleich	35

Anlage 2: Entwicklung des deutsch-französischen Außenhandels mit Ernährungsgütern	36
Anlage 3: Selbstversorgungsgrad (in %) ausgewählter tierischer Erzeugnisse.....	37
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	<i>38</i>

Allgemeine wirtschaftliche Lage

Frankreich ist die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt.¹ Besondere Stärken der französischen Wirtschaft sind neben Dienstleistungen und Tourismus die Branchen Luftfahrt, Automobile, Energie, Landwirtschaft und Ernährung, Luxusartikel, pharmazeutische Produkte sowie Chemie und Elektronik. Der Staat engagiert sich traditionell mit stark lenkendem Einfluss in der Wirtschaftspolitik.

Die aktuelle **Covid-19-Gesundheitskrise** hat die französische Wirtschaft stark getroffen. Das Statistikamt *Insee* (*Institut national de la statistique et des études économiques*) verzeichnete für das Jahr 2020 einen **Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 8,3 %**.² Nachdem sich die Wirtschaft mit der Aufhebung des ersten Lockdowns Ende Mai 2020 kurz erholen konnte, wurden bereits wenige Monate später im Oktober 2020 erneut Schließungen und im April 2021 ein dritter Lockdown beschlossen, welcher progressiv voraussichtlich bis Ende Juni 2021 aufgehoben werden soll. Die starke Beeinträchtigung der Tourismusbranche als auch eine allgemein geringere Haushaltsnachfrage (-7 %)³ machen sich bemerkbar. Ein ähnlicher Trend ist ebenfalls im Bereich der Investitionen erkennbar: nachdem Haushaltsinvestitionen 2019 noch um 1,8 % und Investitionen von Nicht-Finanzunternehmen um 3,8 % gestiegen waren, verzeichnete das Land 2020 einen Rückgang der Haushaltsinvestitionen um 15 %⁴ und der Investitionen von Nicht-Finanzunternehmen um 24 %.⁵ Nach den Berechnungen der französischen Regierung sei nach dem Rückgang des BIP 2020 um 8,3 % für 2021 von einer Steigung von 5 % auszugehen.⁶ 2022 werde dann wieder das Vorkrisenniveau erreicht, verkündete Finanzminister Bruno Le Maire optimistisch.⁷ Die weitere Entwicklung ist jedoch ungewiss und hängt unter anderem von der pandemischen Lage und den staatlichen Maßnahmen ab.

Die Kosten der Pandemie für den französischen Staat werden seitens des Finanzministeriums derzeit auf rund 424 Mrd. Euro geschätzt.⁸ Der staatliche Schutzschirm über der Wirtschaft umfasst unter anderem Kreditgarantien, Kurzarbeit, teilweise Stundung von Steuern und Abgaben, einen Solidaritätsfonds für kleine Firmen, Investitionszuschüsse, und die gezielte Unterstützung von besonders betroffenen Sektoren. Innerhalb des Wirtschaftsministeriums werden auch Erwägungen laut, ggf. die Schulden überschuldeter Unternehmen zu übernehmen. Nach dem **Konjunkturprogramm zur Wiederankurbelung der Wirtschaft**, dem *plan France relance* von September 2020 und dem französischen Plan zum europäischen Wiederaufbaufonds von April 2021 diskutiert die Regierung einen *plan France relance II*.

Die staatlichen Ausgaben für 2020 führten zu einer **Staatsverschuldung** von 115,7 % des BIPs, die 2021 auf geschätzte 117,8 % des BIPs steigen soll.⁹ Ein leichter Rückgang auf 116,3% des BIPs wird erst für 2022 erwartet.¹⁰ Das Haushaltsdefizit war zwar 2019 mit 3,0 % des BIPs 5 % über dem Wert des Vorjahres, allerdings immer noch im Rahmen der Maastricht-Obergrenze von 3 % des BIPs. Diese Grenze wurde 2020 mit einem Haushaltsdefizit von 9,2 % des BIPs deutlich überschritten.¹¹ Das Haushaltsgesetz für 2021 geht von einem Defizit von 8,5 % des BIPs aus.

¹ <https://datacatalog.worldbank.org/dataset/gdp-ranking>

² <https://www.insee.fr/fr/statistiques/5018361>

³ Stabilitätsprogramm 2021-2027, S. 9.

⁴ *Ibid.*, S. 12.

⁵ *Ibid.*, S. 6.

⁶ *Ibid.*, S. 5 und S. 27.

⁷ <https://video.lefigaro.fr/figaro/video/le-maire-reprise-eco-en-2-ans/>

⁸ <https://www.performance-publique.budget.gouv.fr/documents-budgetaires/lois-projets-lois-documents-annexes-annee/exercice-2020/debat-d-orientation-finances-publiques-2020#.Xy0hUKbgpxA>, TOME 1, S. 12.

⁹ Stabilitätsprogramm, S. 6.

¹⁰ *Ibid.*

¹¹ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/5347882>

2019 belief sich Frankreichs **Handelsdefizit** auf 58,9 Mrd. Euro.¹² Innerhalb der Europäischen Union (EU) verbesserte es sich auf 32,5 Mrd. Euro in 2019 (35,1 Mrd. Euro in 2018). Exporte stiegen 2019 um 3,3 % an, am stärksten im Bereich der Luftfahrt (+11,9 %) sowie bei pharmazeutischen Produkten, Textilien, und Parfums.^{13 14} Wichtigster Handelspartner blieb Deutschland. Das deutsch-französische Handelsvolumen betrug 2019 laut Angaben des Bundesamts für Statistik 172,7 Mrd. Euro.¹⁵ Im deutsch-französischen Handel wies Deutschland 2020 einen Handelsbilanzüberschuss von 36,1 Mrd. Euro auf.¹⁶ Französische Exporte in Nicht-EU-Länder stiegen noch 2019 stark (+4,8 %) an, vor allem in die USA (+9,7 %).

2020 stieg das französische Handelsdefizit auch durch die Auswirkungen der Covid-19-Gesundheitskrise drastisch auf 65,2 Mrd. Euro.¹⁷ Frankreichs Exporte sanken um 16,3 % und die Importe um 11,5 %.¹⁸ Das Defizit verdoppelte sich im verarbeitenden Gewerbe, wobei der Saldo von -9,6 Mrd. Euro im ersten Quartal auf -18,8 Mrd. Euro im zweiten Quartal sank. Der Rückgang der französischen Exporte war allgemein bei allen Produkten zu verzeichnen, aber die Einbrüche bei den Luftfahrtlieferungen und in der Tourismusbranche im Dienstleistungssektor lasteten besonders schwer auf der französischen Bilanz. Zudem trugen massive Importe von Schutzmasken zu einer Ausweitung des Defizits bei. Im Gegensatz hierzu führte allerdings der starke Rückgang der Ölpreise, die im April 2020 ein Minimum erreichten, sowie der Rückgang des Ölversorgungsbedarfs zu einer deutlichen Verringerung des Energiedefizits, das im zweiten Quartal um 3,9 Mrd. Euro zurückging. Bei vielen Industriegütern verbesserte sich die Bilanz, da der Rückgang der Importe dort größer war als der der Exporte.¹⁹

Das **Geschäftsklima** erholte sich nach einem Rekordtief im April 2020 von 53,8 Punkten zumindest bis zum zweiten Lockdown. Der dritte Lockdown hatte aufgrund von Fortschritten der Impfkampagne und des Inaussichtstellens von weitreichenden Lockerungen bis Juni 2021 durch Staatspräsident Macron einen geringeren Effekt. Dies lässt die Unternehmen wesentlich zuversichtlicher in die Zukunft blicken, sodass sich der Wert nun wieder bei 95,3 befindet.

Frankreich zählt zu den Staaten mit einem stark regulierten **Arbeitsmarkt** und hochentwickelten Systemen der **sozialen Sicherheit**. Wichtige Elemente der französischen Arbeitsmarktregelungen sind weiterhin der allgemeine Mindestlohn *SMIC (Salaire minimum de croissance; aktuell 10,25 Euro brutto pro Stunde, Bruttomonatslohn 1 554,58 Euro)*²⁰ und die 35-Stunden-Woche. Frankreichs Regierung hat trotz wochenlangen Streiks und Protesten einen Gesetzesentwurf zur Reformierung des Rentensystems verabschiedet. Der Gesetzesentwurf schlägt die Schaffung eines universellen Rentensystems vor, das die derzeitigen 42 sektorspezifischen Systeme ersetzen soll. Er soll Spielraum für weitere Verhandlungen mit den Gewerkschaften lassen. Als Zugeständnis an die Gewerkschaften wurde die Regelung, nach der die Franzosen erst mit 64 Jahren volle Rentenbezüge erhalten sollen, vorläufig aus der Gesetzesreform gestrichen.²¹ Das gesetzliche Renteneintrittsalter liegt in Frankreich bei 62 Jahren und soll bei der Reform auch nicht verändert werden. Allerdings hätten Arbeitnehmer, die mit 62 in Rente gehen, nach den Plänen mit Abschlägen rechnen müssen. Die Regierung setzte die Reform in der ersten Lesung in der *Assemblée nationale* über den umstrittenen Artikel 49 Absatz 3 durch, der eine Annahme eines Gesetzestextes ohne Abstimmung ermöglicht, sofern kein Misstrauensvotum gegen die Regierung erfolgt. Präsident Macron verkündete zeitweise die **Aussetzung aller Reformen während des gesundheitlichen Notstandes**. Trotzdem besteht weiterhin ein Konfliktpotential. Einige Zeitungen thematisieren zudem eine Zunahme von Verbitterung und Gewalt in

¹² <https://www.vie-publique.fr/en-bref/273282-le-commerce-exterieur-de-la-france-sameliore-en-2019>

¹³ *Ibid.*

¹⁴ <https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/diplomatie-economique-et-commerce-exterieur/actualites-liees-a-la-diplomatie-economique-et-au-commerce-exterieur/2020/article/communique-de-presse-resultats-du-commerce-exterieur-2019-le-solde-commercial>

¹⁵ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.html>

¹⁶ Statistisches Bundesamt

¹⁷ <https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/diplomatie-economique-et-commerce-exterieur/actualites-liees-a-la-diplomatie-economique-et-au-commerce-exterieur/2021/article/resultats-du-commerce-exterieur-en-2020-05-02-2021>

¹⁸ Stabilitätsprogramm, S. 9.

¹⁹ *Ibid.*

²⁰ <https://www.service-public.fr/particuliers/vosdroits/F2300>

²¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/frankreich-rentenreform-streik-1.4753143>

Frankreich.²² Die Protestbewegung der sogenannten Gelbwesten mit ihren Forderungen nach mehr Kaufkraft, Steuersenkungen und mehr sozialer Gerechtigkeit sorgt beispielsweise weiterhin für Unruhen.²³

Die **Arbeitslosenquote** war Ende 2019 mit 8,1 % so niedrig wie seit zehn Jahren nicht mehr.²⁴ Dieser Wert blieb bis dato stabil und liegt nach der letzten Veröffentlichung für das vierte Quartal 2020 bei 8,0%^{25 26} Insee führt dies jedoch nicht etwa auf eine Verbesserung des Arbeitsmarktes zurück, sondern vielmehr auf einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen, die sich während des Lockdowns als verfügbar oder aktiv auf Arbeitssuche gemeldet haben und somit nicht im Sinne der Internationalen Arbeitsorganisation als arbeitslos erfasst wurden.²⁷ Der Lockdown hat sich in der Tat stark auf das aktive Verhalten bei der Arbeitssuche (z.B. für Arbeitslose, deren bevorzugter Tätigkeitsbereich zum Stillstand gekommen ist) sowie auf die Verfügbarkeit von Personen (z.B. Einschränkungen bei der Kinderbetreuung) ausgewirkt.

²² <https://www.lefigaro.fr/actualite-france/chronique-de-72-heures-de-violence-ordinaire-en-france-le-document-choc-20200806>

²³ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/frankreich-arbeitslosigkeit-auf-niedrigstem-stand-seit-zehn-jahren-a-1268358.html>

²⁴ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/4309346>

²⁵ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/5044459>

²⁶ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/4488364>

²⁷ Ibid.

Situation der Landwirtschaft

Frankreich verfügt insgesamt über eine leistungsfähige Landwirtschaft. Insbesondere gilt dies in den Bereichen Wein, den ackerbaulichen Kulturen Getreide, Hülsenfrüchte, Zuckerrüben und der Milcherzeugung.

Die französische Landwirtschaft bleibt die größte in Europa.²⁸ Der Wert der von den französischen Landwirten 2020 bereitgestellten Waren und Dienstleistungen erreicht ohne Subventionen rund 74,6 Mrd. Euro (-2,1 % gegenüber 2019).²⁹ Frankreich lag auch 2019/20 wieder vor Deutschland (52,2 Mrd. Euro), Italien (52,1 Mrd. Euro) und Spanien (52,1 Mrd. Euro).³⁰

Bei der Produktion von Getreide, Zuckerrüben, Hülsenfrüchten, Raps und Rüben, Rindfleisch und Eiern steht Frankreich mengenmäßig an erster Stelle. Nach Deutschland ist Frankreich zweitgrößter Milchproduzent der EU und nach Italien zweitgrößter Weinproduzent der EU.³¹ Zudem ist Frankreich nach Polen zweitgrößter Geflügelfleischproduzent.³² Der Anteil am Wert der landwirtschaftlichen Produktion in der Europäischen Union³³ sank allerdings von 17,8 % im Jahr 2018 auf 17,1 % im Jahr 2019.³⁴

Mit 9,5 Mrd. Euro war Frankreich 2018 mit Abstand vor Deutschland (6,1 Mrd.) und Spanien (6,5 Mrd.) größter Profiteur der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).³⁵ An betrieblichen Subventionen erhielten die Landwirte 2020 nach Angaben des Insee insgesamt rund 7,9 Mrd. Euro und damit 4,5 % weniger als 2019.

Strukturen und Wettbewerbsfähigkeit

Ein Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit ist die **Produktionsentwicklung**. Die pflanzliche Erzeugung ist verglichen zu den restlichen EU-Ländern sehr hoch und wettbewerbsfähig, allerdings ist sie 2019 mengenmäßig zurückgegangen (-2,0 %), vor allem aufgrund der Entwicklungen in der Weinproduktion.³⁶ Den Wert der tierischen Veredlungsproduktion beziffert Insee vorläufig auf 26,2 Mrd. Euro, was einem Rückgang von 1,0 % gegenüber 2019 entspricht. Der Produktionswert der Viehproduktion ging nach vorläufigen Schätzungen um 1,6 % auf 11,0 Mrd. Euro zurück. Die Preise gaben um 1,4 % nach. Eine Ausnahme stellt die auf 4,7 Mrd. Euro veranschlagte Geflügelproduktion dar, in der die Preissenkung von 0,7 % durch eine Steigerung der Produktionsmenge um 0,7 % kompensiert wurde. Der Anstieg der Produktionsmenge um 0,4 %, ist insbesondere auf die Milch- und Eierproduktion zurückzuführen. Die Erlöse sanken insgesamt aber um 1,3 %. Bei Milch sank der Produktionswert um 0,7 % auf 10,5 Mrd. Euro. Die um 1,5 % gesunkenen Preise konnten durch die um 0,8 % gestiegenen Produktionsmenge nicht kompensiert werden.

Der **Anteil der Land- und Ernährungswirtschaft an der französischen Wirtschaft** hat sich seit 1980 fast halbiert, was hauptsächlich auf den Rückgang der Agrarrohstoffpreise in den letzten 25 Jahren zurückzuführen ist. Landwirtschaft und Nahrungsmittel machten im Jahr 1980 noch über 6 % des BIPs aus, 2019 nur noch 3,5 %. Die Bruttowertschöpfung verlor gegenüber 2019 rd. 5,4 % an Wert und ging nach den vorläufigen Schätzungen auf 30,2 Mrd. Euro zurück. Je selbständigem Landwirt schrumpfte die Bruttowertschöpfung um ca. 4,7 %.

²⁸ Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft, und Forsten 2019, S. 257.

²⁹ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2389169>

³⁰ Ibid.

³¹ Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2019, S. 298.

³² Ibid.

³³ Inkl. Großbritannien

³⁴ Ibid.

³⁵ <https://www.touteleurope.eu/agriculture-et-peche/budget-de-l-ue-a-qui-profite-la-pac/>

³⁶ Insee Première (2019). *Le compte prévisionnel de l'agriculture pour 2019*. Nr. 1986, S. 1.

In der französischen Landwirtschaft vollzieht sich ein deutlicher **Strukturwandel** mit einem jährlichen Rückgang der Zahl der Betriebe und der Arbeitsleistung von jeweils knapp 2 %.³⁷ Frankreich hat in 25 Jahren mehr als die Hälfte seiner Betriebe verloren.

Bei der letzten Landwirtschaftszählung 2016 lag die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Frankreich bei ca. 456 500³⁸ gegenüber mehr als einer Million Ende der 80er Jahre.³⁹ Kleine Betriebe verschwinden zunehmend zugunsten weniger und größerer Strukturen. Die durchschnittliche Betriebsfläche hat deutlich zugenommen. 2016 erreichte sie 60,9 ha (gegenüber 48,6 ha im Jahr 2005)⁴⁰ und ist fast identisch mit der in Deutschland (60,5 ha). Allerdings ist in Frankreich der Pachtflächenanteil mit 78,1 % deutlich höher (Deutschland 60,0 %).⁴¹

Die **Anzahl der Erwerbstätigen** in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei ist weiterhin stark rückläufig und hat sich seit den 90er Jahren um mehr als ein Viertel reduziert.⁴² 2019 ging die Zahl der Erwerbstätigen in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei verglichen zum Vorjahr um weitere 11 000 Personen zurück und erreichte 741 000.⁴³ Land- und Ernährungswirtschaft beschäftigen insgesamt 1,3 Mio. Erwerbstätige, d.h. rd. 5 % der erwerbstätigen Bevölkerung.

In Frankreich spielen **familienfremde Arbeitskräfte** eine größere Rolle als in Deutschland (2013: 177 000 in Deutschland gegenüber 416 000 in Frankreich).⁴⁴ Der Anteil der Frauen an den Arbeitskräften in landwirtschaftlichen Betrieben lag mit 0,3 in Frankreich ca. 4 Prozentpunkte unter Deutschland.⁴⁵ In Frankreich wird jeder zweite Betrieb als juristische Person (*Exploitation agricole à responsabilité limitée (EARL)*, *Groupement agricole d'exploitation en commun (GAEC)*, andere) gemeinsam von mehreren Betriebsleitern geführt, mit wachsender Tendenz. Knapp 38 % der Betriebsleiter sind älter als 55 Jahre (Deutschland: 28 %). Nur 10,5 % der Betriebe erwirtschaften über Erwerbskombinationen Zusatzeinkommen (Deutschland: 33 %).⁴⁶

Landwirte erhalten in Frankreich weiterhin ein geringes **Einkommen**. Das durchschnittliche Monatseinkommen von selbständigen Landwirten schätzt Insee für 2017 auf 1 390 Euro, allerdings haben fast ein Fünftel der selbständigen Landwirte negatives Einkommen bzw. Verluste erzielt.⁴⁷

Die **Verschuldung** der landwirtschaftlichen Betriebe Frankreichs ist beträchtlich.⁴⁸ Seit Mitte der 90er Jahre ist das Verhältnis der Verbindlichkeiten zu den Aktiva von 32 % auf 40 % gestiegen (Deutschland aktuell 20 %).

Frankreichs Landwirtschaft hat einige markante Wettbewerbsvorteile gegenüber der deutschen Landwirtschaft. Dazu gehören:⁴⁹

- deutlich geringere Pacht- und Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen.⁵⁰ 2018 kostete ein Hektar Ackerland im Landesdurchschnitt 5 990 Euro mit regionalen Spitzenwerten von 10 250 Euro in der Region Ile-de-France⁵¹ (zum Vgl. Deutschland 2018: 25 500 Euro mit einem Spitzenwert von 64 909 Euro in Bayern)⁵²,

³⁷ Ibid., S. 267.

³⁸ Ibid.

³⁹ Ibid., S. 267.

⁴⁰ Ibid., S. 268.

⁴¹ Ibid., S. 268-269.

⁴² Ibid. S. 255.

⁴³ Ibid.

⁴⁴ Ibid., S. 270.

⁴⁵ Angaben für 2013, Ibid.

⁴⁶ Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2019, S. 278 (Zahlen für das Jahr 2013).

⁴⁷ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/4246305#consulter>

⁴⁸ Agrapress vom 4.4.2016

⁴⁹ Siehe auch Studie des Thünen-Instituts 2012 "Wettbewerbsvergleich zwischen der deutschen und französischen Landwirtschaft"

⁵⁰ Analysen des Thünen-Instituts 2012 weisen auf eine durchschnittliche Pachtpreisdifferenz von 200 Euro/ha hin. Ibid.

⁵¹ <https://www.agri-mutuel.com/politique-economie/tous-les-prix-2018-des-terres-agricoles-en-ile-de-france/>

⁵² Situationsbericht 2019/20, Deutscher Bauernverband, <https://www.bauernverband.de/situationsbericht-19/3-agrarstruktur/32-boden-und-pachtmarkt>

- geringere Energiekosten durch regional mildere Winter, eine vergleichsweise geringere Besteuerung von Agrardiesel (0,25 Euro/l weniger als in Deutschland) und deutlich geringere Strompreise,
- Vorteile für einzelne Produktionszweige durch produktionsgekoppelte EU-Direktzahlungen u.a. für Mutterkühe, Milchkühe, Stärke, Industrietomaten. Diese Zahlungen gehen allerdings zulasten der nicht gekoppelten Direktzahlungen anderer Betriebszweige.

Dem stehen Nachteile entgegen:

- höhere Arbeitskosten,
- höhere Belastungen durch Steuern und Versicherungen,
- geringere Förderung von Biogas-Altanlagen,
- längere Genehmigungsprozeduren bei Bauinvestitionen,
- stärkere Überalterung der Betriebsleiter, Nachwuchsmangel.

Ausgewählte Märkte (Pflanzliche Produktion, Wein, Milch, Fleisch)

Pflanzliche Produktion

Die **pflanzliche Produktion** (ohne Subventionen) ging mengenmäßig zurück (-4,6 %), was hauptsächlich auf Getreide zurückzuführen ist.

Der Wert der **Getreideproduktion** schrumpfte nach Einschätzung von Insee um 12,1 % auf 9,5 Mrd. Euro. Die Ernte ging um 18,7 % zurück, bei Weichweizen (-26,4 %), bei Gerste (-23,5 %) und bei Hartweizen (-17,1 %). Die Ernte wurde insbesondere durch die Wetterbedingungen stark beeinträchtigt. Die einzige Ausnahme war die Maisproduktion, die zwar im Volumen zunahm (+5,7 %), aber nur aufgrund der Zunahme der Fläche. Die Getreidepreise wurden zwar durch ein Angebotsdefizit in der nördlichen Hemisphäre und durch die weltweite Nachfrage gestützt. Der Produktionsrückgang konnte allerdings insgesamt durch die um 8,1 % höheren Preise nicht kompensiert werden.

Auch die **Obstproduktion** ging zurück (-9,3 %), insbesondere durch den zu milden Winter und den Frost im Frühjahr. Der Pandemiekontext und seine Auswirkungen auf den Mangel an saisonalen und qualifizierten Arbeitskräften sowie die Unterbrechung der Lieferketten beeinträchtigten ebenfalls das Produktionspotenzial. Die Produktion von Industrierüben sank (-28,4 %) aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen und des Gelbvirus, der die Ernte vernichtete. Andererseits stieg die Kartoffelproduktion mengenmäßig wieder an (+6,0 %), ebenso die Gemüseproduktion (+2,2 %). Schließlich stieg die Ölsaaternte (+1,9 %), angetrieben durch Sonnenblumen, während die Ernte von Eiweißpflanzen stark zurückging (-12,0 %). Der Kontext der Gesundheitskrise und ihrer Eindämmung könnte einen Aufwärtseffekt auf die Preise für Gemüse (+13,4 %) und Obst (+13,0 %) gehabt haben, und zwar aufgrund zusätzlicher Kosten im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Sektoren, der Förderung nationaler Produkte und dem erhöhten Verbrauch. Auf der anderen Seite sanken die Kartoffelpreise (-14,0 %), da die Schließung des Gaststättengewerbes die Nachfrage reduzierte.

Wein

In Frankreich stellt **Wein** 30 % des Konsums von alkoholischen Getränken dar.⁵³ Mit 42 Mio. hl, die auf 752 000 ha produziert wurden, war Frankreich 2019 nach Italien weltgrößter Weinproduzent.⁵⁴ Allerdings ging die Weinproduktion in Volumen um 13,7 % verglichen zum Vorjahr zurück.⁵⁵ Die Weinregionen des Landes sind durch eine große Vielfalt von Produkten, Vermarktungsweisen und Betriebsgrößen mit erheblichen regionalen

⁵³ Insee, <https://blog.insee.fr/le-vin-fait-pencher-la-balance-agricole/>

⁵⁴ <https://www.intervin.fr/etudes-et-economie-de-la-filiere/chiffres-cles>

⁵⁵ Insee Première (2019). *Le compte prévisionnel de l'agriculture pour 2019*. Nr. 1986, S. 1-2.

Einkommensdisparitäten gekennzeichnet. Vielfalt, Know-how und Qualität der Weinerzeugung prägen das Bild Frankreichs im Ausland. 2019 wurden rund 2 Milliarden Flaschen Wein und Spirituosen im Wert von 14 Mrd. Euro exportiert. Ein neuer, vor allem vom niedrigen Eurokurs getragener Rekord und ein Wachstum von 5,9 % verglichen zum Vorjahr, der Frankreich zum größten Weinexporteur machte^{56 57} Der in diesem Sektor resultierende Handelsüberschuss belief sich auf 12,7 Mrd. Euro, was einem Anstieg von 8,5 % entspricht.⁵⁸

Der Sektor gehört damit zu den exportstärksten Branchen des Landes. Im Export hat Frankreich allerdings Marktanteile insbesondere an Spanien und Italien verloren. Zu den besonderen Herausforderungen der französischen Weinwirtschaft gehört es deshalb, sich durch Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf verstärkte internationale Konkurrenz einzustellen. Starke Zuwächse gibt es bei der Erzeugung von Bio-Weinen, die inzwischen auf 66 000 ha bzw. 8,5 % der Anbaufläche produziert werden. In der Produktion von Bio-Weinen liegt Frankreich nach Spanien und Italien mengenmäßig an dritter Stelle. In 2018 exportierte Frankreich ca. 960 000 hl Bio-Wein.⁵⁹

Nach einem Anstieg der Weinproduktion um 28,7 % im Jahr 2018 ging die Weinproduktion 2019 infolge ungünstiger Witterungsbedingungen in Volumen stark zurück (-13,7 %), während die Preise aufgrund großer Reserven stabil blieben.⁶⁰ 2020 sind die Preise leicht gesunken (-4,4 %), während die Produktion minimal stieg (+0,2%). In der Tat profitiert das Angebot von der günstigen Ernte und den erhöhten Übertragsbeständen.

Unsicherheiten belasten allerdings die Inlandsnachfrage (geringerer Wein-Konsum aufgrund der Schließung von Bars und Restaurants und weniger festlicher Anlässe) und trüben die Aussichten für den internationalen Absatz (z.B. US-Zölle und die chinesische Nachfrage).

Im April 2021 kam es zu einem Kälteeinbruch mit drastischen Folgen: in einigen Parzellen liegen die Verluste bei bis zu 100 %.

Milch

Die **Milcherzeugung** ist in Frankreich deutlich langsamer angestiegen als in den Ländern Nordeuropas. Frankreich hatte seine bis 2015 gültige EU-Milchquote regelmäßig nicht ausgeschöpft. Eine zentrale Ursache war insbesondere die strenge staatliche Begrenzung von Quotentransfers. Hinzu kommt die weiterhin von den Genossenschaftsmolkereien (55 % der Milchverarbeitung) praktizierte Steuerung der Produktion durch mengenbezogene Lieferverträge. Dabei werden verwertungsabhängige Erzeugerpreise für definierte Liefervolumina gewährt (höchster Preis für A-Mengen, die normale Absatzmöglichkeiten darstellen; abgesenkter Preis für B-Mengen, die in Abhängigkeit von den internationalen Märkten festgelegt werden; prohibitiv wirkender Preis für C-Mengen, für die keine Absatzmöglichkeiten bestehen).

Die Produktion von Milch und Milchprodukten ging in 2019 für Kuhmilch(produkte) mit 241 842 625 hl um ca. 0,5 % verglichen zum Vorjahr zurück. Für Ziegenmilch(produkte) stieg die Produktion in 2019 mit 6 376 065 hl um ca. 1,3 % und für Schafsmilch(produkte) mit 3 120 746 hl um knapp 0,8 %.⁶¹ Bis Ende 2020 geht der Verband der Milcherzeuger *FNPL* (*Fédération nationale des producteurs de lait*) von einer jährlichen Steigerung der Milchproduktion um 2 % aus, mit einer weiteren Konzentration in den bisherigen Schwerpunktregionen im Norden und Westen des Landes. Frankreich verfügt über einige der größten europäischen Molkereien (*Lactalis*, *Sodial*, *Danone*).

⁵⁶ <https://www.lesechos.fr/industrie-services/conso-distribution/vins-et-spiriteux-la-france-a-realise-des-exportations-records-en-2019-1171359>

⁵⁷ <https://www.intervin.fr/etudes-et-economie-de-la-filiere/chiffres-cles>

⁵⁸ Ibid.

⁵⁹ Agence BIO, *L'agriculture bio dans le monde, Les carnets internationaux de l'Agence BIO*, Edition 2019, S. 41.

⁶⁰ Ibid., S. 1-2.

⁶¹ Agreste, *Statistique agricole annuelle 2018-2019. Données provisoires*, S. 43.

Einen vergleichsweise hohen Anteil nimmt die Erzeugung von hochpreisigen Produkten mit regionalen Herkunftskennzeichnungen (insbesondere Käse) ein.

Mit Blick auf die aus der Corona-Pandemie resultierenden Verwerfungen am Milchmarkt, die größtenteils durch niedrige Gastronomie- und Foodservice-Verkäufe, einer Verlangsamung des Welthandels sowie dem saisonalen Anstieg der Milchproduktion auf der Nordhalbkugel verursacht wurden, schlug der Branchenverband der französischen Milchwirtschaft *CNIEL (Centre national interprofessionnel de l'économie laitière)* im April 2020 eine Drosselung der Milcherzeugung vor. Für ihre Bemühungen um eine Begrenzung der Produktion wurden die Milcherzeuger entschädigt. Es wurden fast 48 Mio. Liter Nicht-Produktion finanziert.⁶²

Der Preis für konventionelle Standardmilch (ohne Milch mit geschützter Ursprungsbezeichnung und ohne Bio-Milch) ist laut *FranceAgriMer*, dem Nationalen Institut für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Erzeugnisse des Meeres, seit Januar 2020 (zum Teil saisonbedingt) gesunken und lag mit 320 €/1000 l im Mai 2020 5 €/1000 l unter dem Vormonat. Er liegt nach wie vor über dem deutschen Preis, der im Mai auf 307 €/1000 l fiel.⁶³

Der Preis für Magermilchpulver, der Anfang April auf 1 900 €/t gefallen war, pendelt beispielsweise seit einigen Wochen um die 2 200 €/t (Stand: Juli 2020), begünstigt durch den Rückgang der Produktion und dem Anstieg der Nachfrage.⁶⁴

Fleisch

Die französische **Rindfleischerzeugung** weist seit 2016 einen weitestgehend konstanten Selbstversorgungsgrad auf, mit 115 % in 2018, wenngleich der Verbrauch in 2018 mit 24 kg pro Kopf deutlich über jenem in Deutschland mit 14,1 kg pro Kopf lag.⁶⁵ Defizite bestehen bei der Organisation der Wertschöpfungskette mit einer zum Teil nicht nachfragegerechten Erzeugung. Die Mutterkuhhaltung erhält mit jährlich 670 Mio. Euro den Löwenanteil der produktionsgekoppelten Direktzahlungen. Damit will die französische Regierung dazu beitragen, diese extensive Produktionsweise an z.T. naturbedingt benachteiligten Standorten aufrechtzuerhalten.

Die **Schweinefleischproduktion** verharrt seit Anfang des Jahrtausends auf wenig verändertem Niveau und weist seit 2014 einen ebenfalls weitgehend konstanten Selbstversorgungsgrad auf, mit 107 % in 2018.⁶⁶ Die Schweinefleischerzeugung leidet ebenso wie die Rindfleischerzeugung unter mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, die insbesondere den Verarbeitungsbereich mit Modernisierungsrückständen, vielen kleinen Schlachthöfen und Überkapazitäten betrifft. Die Regierung unterstützt deshalb die Modernisierung von Schlachthöfen und Fleischverarbeitung. Im Schweinefleischbereich begrenzen Umweltauflagen (wegen Gewässerverschmutzung) die Produktion besonders in der Schwerpunktregion Bretagne.

Weiterhin kritisch ist die Lage im **Geflügelbereich**. Während die Hühnerproduktion seit 2016 um durchschnittlich 2,1 % gewachsen ist, ging sie 2019 um 1,2 % zurück. Dieser Rückgang kann allerdings auch dadurch erklärt werden, dass in der ersten Hälfte des Jahres 2018 das Schlachtniveau aufgrund der erhöhten Aktivität der Schlachthöfe ungewöhnlich hoch gewesen war. Obwohl die Hühnerschlachtungen in der zweiten Hälfte des Jahres wieder in Schwung kamen, ging, gemessen an der Stückzahl, die Schlachtung von Masthühnern im Jahr 2019 im Vergleich zu 2018 um 2,4 % zurück. Das durchschnittliche Schlachtgewicht stieg im gleichen Zeitraum um 2,0 %. Der Trend zu stärkeren Beanspruchungen hat sich daher fortgesetzt. Zusätzlich zum Rückgang der Schlachtungen gingen die Exporte von lebenden Hühnern, hauptsächlich nach Belgien, um 4,4 % zurück.⁶⁷ Die Putenproduktion ging in 2019 ebenfalls zurück (-3,8 %). Die Schlachtungen gingen volumenmäßig um 4,0 % und stückmäßig um 4,7 % zurück. Ein

⁶² CNIEL, Conjoncture au 23 juillet 2020, S. 48.

⁶³ Ibid.

⁶⁴ Ibid.

⁶⁵ Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2019, S. 186.

⁶⁶ Ibid., S. 299.

⁶⁷ FranceAgriMer, Les marchés des produits laitiers, carnés et avicoles, Bilan 2019 / Perspectives 2020, S. 78.

ähnlicher Trend gilt auch für die Perlhühnerproduktion im Jahr 2019, die um 5,7 zurückging.⁶⁸ Nachdem der schwimmfüßige Sektor im Jahr 2018 Anzeichen einer Erholung gezeigt hatte, war er 2019 von einer weiteren Verlangsamung gekennzeichnet. Mengenmäßig ging die Schlachtung von Bratenten um 4,3 % und die von Mastenten um 1,0 % zurück. Über das gesamte Jahr 2019 blieb die Schlachtung von Mastenten 10 % unter dem durchschnittlichen Niveau der Vorkrisenjahre (2013 bis 2015, vor den Ausbrüchen der Vogelgrippe in den Wintern 2015/2016 und 2016/2017). Infolgedessen ging die Entenfleischproduktion im Jahr 2019 um 2,4 % zurück.⁶⁹

Die Einführung des Mindestlohnes in Deutschland hat dazu beigetragen, dass sich der französische Vorwurf des Lohndumpings in deutschen Schlachthöfen inzwischen reduziert hat. Allerdings gibt es unter Bezug auf Berichte in deutschen Medien Vorwürfe über eine Umgehung des Mindestlohnes.

⁶⁸ Ibid.

⁶⁹ Ibid.

Situation der Ernährungswirtschaft

Die Franzosen sind stolz auf die **Bedeutung der Ernährung** in ihrem Land: 92 % finden, dass die Ernährung eine essentielle Komponente im Leben „à la française“ ist. 52 % sehen in den Betrieben der Ernährungs- und Landwirtschaft die Botschafter für Nahrungs- und Genussmittel und somit des französischen *Savoir-vivre*.⁷⁰

Mit insgesamt 17 723 Herstellern sind etwa 98 % der Nahrungsmittelbranche (Lebensmittel und Getränke ohne Tierfutter) kleine und mittlere Unternehmen (*petites et moyennes entreprises (PME)*).^{71 72} Die Konzentration der Umsätze ist jedoch sehr hoch: Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern, nur etwa 2 % der Gesamtzahl, bestreiten rund zwei Drittel der Branchenumsätze.⁷³ Alle Hersteller zusammen beschäftigten 2018 zusammen 427 594 Personen.⁷⁴ Die Branche hat eine wesentliche Bedeutung für die Wirtschaftsstruktur, da ca. 70 % der Erzeugnisse der Landwirtschaft direkt im Land verarbeitet werden.⁷⁵ Die französische Nahrungsmittelindustrie ist den Umsätzen nach die zweitgrößte in der EU nach Deutschland.⁷⁶ Die Vielzahl kleiner Unternehmen in Frankreich begrenzt auch die Exportaktivitäten.

Die Nahrungsmittelbranche hat zwar einen Handelsüberschuss, der internationale Einfluss ist aber noch weiter ausbaufähig: Nur 20 % der Nahrungsmittelunternehmen sind im Exportgeschäft aktiv (versus Deutschland: ca. 80 %).⁷⁷ Die Umsätze in der Nahrungsmittelindustrie stiegen in 2018 um 1,5 % auf 176,1 Mrd. Euro.⁷⁸ Die Umsatzzuwächse 2019 überlagern einen realen (mengenmäßigen) Rückgang des Konsums. Mehr Käufer achten auf die Gesundheitsauswirkungen von Lebensmitteln, und die Tendenz geht hin zu weniger aber höherwertigem und gesünderem Konsum. Unter diesen Veränderungen leiden die Hersteller von Brotwaren und Alkohol. Süßwaren sind zusätzlich von den Bemühungen im Einzelhandel, die Kundenabfertigung zu beschleunigen (etwa durch mehr Selbstbedienungskassen) betroffen, wodurch es weniger Möglichkeiten für Impulskäufe in der Warteschlange gibt.⁷⁹

In Frankreich wurde neben dem **Nutri-Score**, einer farblichen Nährwertkennzeichnungszeichnung auf der Verpackungsvorderseite, in 2012 auch eine Zuckersteuer für Getränke eingeführt, die seit 1. Juli 2018 entsprechend dem Zuckergehalt moduliert wird und bei einigen Herstellern zu einer Verringerung des Zuckergehalts geführt hat.⁸⁰ Ende August 2020 billigte das deutsche Bundeskabinett eine Verordnung, die Bundesministerin Klöckners Entschluss, den Nutri-Score in Deutschland einzuführen, in die Wege leitete. Parallel ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft dabei, praktische Erleichterungen für die Verwendung des Nutri-Score durch die Unternehmen zu schaffen. Auf seiner Internetseite hat das Ministerium als Hilfestellung deutsche Übersetzungen der französischen Texte für das Registrierungsverfahren sowie die Verwendungsbedingungen für Nutri-Score veröffentlicht.⁸¹

Zu schaffen macht vielen französischen Unternehmen auch der seit einigen Jahren stärker werdende **Preisdruck der großen Einkäufer** aus dem Einzelhandel, zumal sich die größten Einzelhandelsketten 2015 zu vier großen

⁷⁰ ANIA, Opinion way-Umfrage, *Les Français et l'alimentation*, 24.06.2015.

⁷¹ Laut Angabe ANIA.

⁷² ANIA, <https://presse.ania.net/actualites/toujours-mise-a-lepreuve-par-la-guerre-des-prix-lindustrie-alimentaire-francaise-va-se-redresser-pour-preparer-lavenir-483d-53c7f.html>

⁷³ <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branche-kompakt/frankreich/branche-kompakt-nahrungsmittelindustrie-in-frankreich-ist-2019-216688>

⁷⁴ ANIA, <https://presse.ania.net/actualites/toujours-mise-a-lepreuve-par-la-guerre-des-prix-lindustrie-alimentaire-francaise-va-se-redresser-pour-preparer-lavenir-483d-53c7f.html>

⁷⁵ Bericht GTAI April 2017: Branche kompakt: Ernährungswirtschaft in Frankreich wächst langsam.

⁷⁶ <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branche-kompakt/frankreich/branche-kompakt-nahrungsmittelindustrie-in-frankreich-ist-2019-216688>

⁷⁷ ANIA, <https://presse.ania.net/actualites/toujours-mise-a-lepreuve-par-la-guerre-des-prix-lindustrie-alimentaire-francaise-va-se-redresser-pour-preparer-lavenir-483d-53c7f.html>

⁷⁸ Laut Angabe ANIA.

⁷⁹ <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branche-kompakt/frankreich/branche-kompakt-nahrungsmittelindustrie-in-frankreich-ist-2019-216688>

⁸⁰ Deutscher Bundestag, Dokumentation WD 5 – 3000 – 064/18, Ausgestaltung einer Zuckersteuer in ausgewählten Ländern und ihre Auswirkung auf Kaufverhalten, Preise und Reformulierung.

⁸¹ <https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/137-nutri-score-kennzeichnung.html>

Einkaufsgemeinschaften zusammengeschlossen haben (*Casino* und *Intermarché*, *Carrefour* und *Cora*, *Auchan* und *Système U*, *Leclerc*). Sie repräsentieren 93 % der Einkäufe von Lieferanten und sind so in einer komfortablen Verhandlungsposition.

Die **Nahrungsmittelpreise** (vor allem für frische Produkte) stiegen 2019 weniger stark als 2018. Das Preisniveau für Nahrungsmittel im Dezember 2019 lag um 2,1 % höher als im Vorjahr, bei einem Plus der Verbraucherpreise insgesamt von 1,4 %.⁸² Eher die Regel als die Ausnahme ist, dass sich der Handel nicht auf langfristige Kaufverpflichtungen einlässt, hohe Vertragsstrafen festlegt, die Lieferanten zur Rücknahme von Restanten verpflichtet und Rückvergütungsforderungen stellt. Diese z.T. wettbewerbswidrigen Geschäftspraktiken stehen jedoch in den letzten Jahren im Fokus der Wettbewerbsabteilung des Wirtschaftsministeriums *DGCCRF* (*Direction générale de la concurrence, de la consommation et de la répression des fraudes*).

Abhilfe sollte das im Oktober 2018 verabschiedete und am 1. November 2018 in Kraft getretene **Gesetz für ein Gleichgewicht der Handelsbeziehungen im Agrar- und Ernährungssektor und für eine gesunde, nachhaltige, und allen zugängliche Ernährung der Regierung schaffen** (*Loi pour l'équilibre des relations commerciales dans le secteur agricole et alimentaire et une alimentation saine, durable et accessible à tous*, auch *Loi EGALIM* genannt).⁸³ Es sollte unter anderem helfen, die Gewinne in der Wertschöpfungskette zugunsten der Landwirtschaft und auch der Industrie besser zu verteilen. Die Preisfindung bei Verhandlungen soll die Produktionskosten der Landwirte als Ausgangspunkt nehmen und Verbände sollen Referenzwerte veröffentlichen. Für zunächst zwei Jahre durfte der Handel nicht mehr zu Preisen verkaufen, die unter dem Einkaufspreis zuzüglich 10 % liegen und Sonderangebote „2 zum Preis von 1“ sind nicht mehr möglich. Die *Association nationale des industries alimentaires* (*ANIA*) erwartete, dass dieses Gesetz trotz weiter fallender Preise und einer Fortführung des Preiskampfes im Handel die Margen in der Industrie verbessern wird.⁸⁴ Eine Zwischenbilanz ergab indes, dass trotz der kleinteiligen Vorschriften und einer Vielzahl von Kontrollen keine signifikante Verbesserung des Anteils der Produzenten an der Wertschöpfung erzielt wurde.

Angesichts des sowohl von Fachleuten als auch von der öffentlichen Hand konstatierten Scheiterns des Ansinnens, das Einkommen der Landwirte durch das EGALIM-Gesetzes zu verbessern, hat der *La République en Marche* (*LREM*)-Abgeordnete Grégory Besson-Moreau einen neuen **EGALIM II-Gesetzentwurf** angekündigt. Dieser wurde am 15. April 2021 zur Mitunterzeichnung an die LREM-Abgeordnetenkollegen verschickt. Der Text des EGALIM II-Gesetzentwurfs soll als Grundlage für die vom Landwirtschaftsminister Julien Denormandie angekündigte erneute Reform der Handelsbeziehungen dienen. Die Prüfung des Gesetzentwurfs soll bereits in der ersten Juniwoche in öffentlicher Sitzung im beschleunigten Verfahren stattfinden. Inkrafttreten soll EGALIM II bereits vor den nächsten Handelsverhandlungen, die im Dezember 2021 beginnen.

Zwei wichtige Maßnahmen sind darin enthalten: Die erste sieht vor, schriftliche, mehrjährige Verträge für landwirtschaftliche Kaufverträge zwischen einem Erzeuger und seinem ersten Käufer für einen Zeitraum von drei Jahren zur Norm zu machen. Jeder Vertrag, der zu Festpreisen abgeschlossen wird, soll künftig mit einer automatischen Revisionsformel versehen werden. Ausgehend von den durch eine interprofessionelle Vereinbarung vereinbarten Indikatoren, deren Verwendung bereits durch das EGALIM-Gesetz verbindlich vorgeschrieben wurde, soll es den Parteien künftig freigestellt sein, die Preisrevisionsformel und die verwendeten Indikatoren zu definieren. In einigen noch zu bestimmenden Sektoren soll es möglich sein, von der Verpflichtung eines schriftlichen Vertrages durch eine erweiterte Preisrevisionsformel oder einen Erlass abzuweichen.

Die zweite Schlüsselmaßnahme im Text zur Stärkung des vom EGALIM-Gesetz gewünschten Mechanismus der Terminpreisbildung betrifft die Kosten für landwirtschaftliche Rohstoffe in den jährlichen Handelsverhandlungen zwischen dem Großhandel und seinen Lieferanten. Wie der von Landwirtschaftsminister Denormandie beauftragte

⁸² <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branche-kompakt/frankreich/branche-kompakt-nahrungsmittelindustrie-in-frankreich-ist-2019-216688>

⁸³ <https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000037547946&categorieLien=id>

⁸⁴ <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branche-kompakt/frankreich/branche-kompakt-nahrungsmittelindustrie-in-frankreich-ist-2019-216688>

Gutachter Serge Papin in seinem jüngsten Bericht zur Bewertung des EGalim-Gesetzes empfohlen hatte, schlägt der LREM-Abgeordnete Grégory Besson-Moreau vor, dass der Anteil an landwirtschaftlichen Rohstoffen „nicht verhandelbar“ wird.

Konkret müssen die verwendeten landwirtschaftlichen Rohstoffe und deren Einkaufspreis in den „Allgemeine Verkaufsbedingungen“ erscheinen, die die Verarbeiter den Händlern schicken. Dann „wird die schriftliche Vereinbarung, die am Ende der kommerziellen Verhandlung zwischen dem Lebensmittellieferanten und seinem Käufer geschlossen wird, Informationen über den Preis der landwirtschaftlichen Rohstoffe enthalten, die für die Zusammensetzung des Produkts verwendet werden, und [...] diese Elemente sind von der kommerziellen Verhandlung ausgeschlossen“, erklärt Grégory Besson-Moreau. Auch diese Vereinbarung muss eine Preisänderungsklausel enthalten.

Die anderen Artikel des Gesetzentwurfs schlagen

- die Schaffung eines Komitees zur Beilegung von Agrarhandelsstreitigkeiten (*Comité de règlement des différends commerciaux agricoles (CRDCA)*) für den Fall vor, dass die staatlich flankierte Mediation bei den Verhandlungen scheitert,
- sie legen fest, dass die Angabe des Herkunftslandes für Agrar- und Lebensmittelprodukte, für die ein nachgewiesener Zusammenhang zwischen einigen ihrer Eigenschaften und ihrer Herkunft besteht, grundsätzlich verpflichtend werden soll und
- regeln die Werbung außerhalb der Geschäfte strenger.

Der Mehrheitsbauernverband *FNSEA (Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles)* und die Junglandwirteorganisation *JA (Jeunes agriculteurs)* reagierten in einer Pressemitteilung vom 15. April, indem sie den Gesetzesentwurf begrüßten, „der den wiederholten Erwartungen des Berufsstandes entspricht und der die Grundlagen für die Konsolidierung des gesamten EGalim-Systems legt.“⁸⁵ Die Bauernverbände fänden darin mehrere der Themen, die sie „seit langem unterstützen“: gesetzliche Konsolidierung zur Vertragsgestaltung, Transparenz und Preissicherheit für landwirtschaftliche Rohstoffe in Handelsverhandlungen, Herkunftskennzeichnung, die Einrichtung eines Systems zur Beilegung von Streitigkeiten und einen Rahmen für alle Formen des Lebensmittelverkaufs. Die beiden Verbände bedauern jedoch, dass der Gesetzesvorschlag „die Stärkung der Produktionskostenindikatoren nicht hinreichend anspreche“ und kündigen an, Vorschläge zu unterbreiten, „um sicherzustellen, dass diese Indikatoren im Rahmen der Vertragsgestaltung berücksichtigt und gestärkt werden, angefangen mit der Verpflichtung, sie transparent zu machen.“⁸⁶

Traditionell geben die französischen Konsumenten einen etwas höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für Nahrungsmittel aus als die deutschen. Zwar hat sich der Anteil im Zuge des zunehmenden Wohlstandsniveaus auch in Frankreich von 23,6 % des gesamten Konsums 1960 bis 2010 auf 11,9 % verringert, lag 2015 aber wieder bei 13,3 %. Werden Getränke hinzugenommen, waren es 15,7 %, zusammen mit den Ausgaben in der Gastronomie 21,0 %.⁸⁷ In 2018 sank der Anteil der Konsumausgaben für Nahrungsmittel am Gesamtkonsum auf 12,1 % und lag hiermit weiterhin über dem deutschen Wert von 9,4 %.⁸⁸ Der Anteil importierter Lebensmittel hat sich in den vergangenen zehn Jahren erhöht. Die zunehmende Konkurrenz mit ausländischen Herstellern zwingt französische Produzenten verstärkt zur Modernisierung und Innovation. Ein zusätzlicher Anreiz ist, dass die französischen Konsumenten vergleichsweise positiv auf Innovationen oder neue Produkte reagieren. Die Investitionen der Branche hatten 2014 nach Angaben von Insee einen Umfang von 6,48 Mrd. Euro.⁸⁹ In den Jahren 2019 und 2020 profitierten die Investitionen der Nahrungsmittelindustrie von Sonderabschreibungen auf Automatisierungstechnik und Robotik sowie auf Kühltechnik (in Höhe von 40 %) für kleine und mittlere Unternehmen, die Anfang 2019 wieder eingesetzt

⁸⁵ <https://www.fnsea.fr/wp-content/uploads/2021/04/210415-CP-FNSEA-JA-PPL-G-BESSON-MOREAU.pdf>

⁸⁶ *Ibid.*

⁸⁷ Bericht GTAI April 2017: Branche kompakt: Ernährungswirtschaft in Frankreich wächst langsam.

⁸⁸ Handelsverband Deutschland, Zahlenspiegel 2019, S. 12.

⁸⁹ Bericht GTAI April 2017: Branche kompakt: Ernährungswirtschaft in Frankreich wächst langsam.

worden waren. In einer Umfrage des Statistikamts im Oktober 2019 gaben die Unternehmen allerdings an, ihre Investitionen 2020 lediglich um 1 % ausweiten zu wollen.⁹⁰

⁹⁰ <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branche-kompakt/frankreich/branche-kompakt-nahrungsmittelindustrie-in-frankreich-ist-2019-216688>

Außenhandel mit Ernährungsgütern und Landtechnik

Frankreich ist Nettoexporteur bei Produkten der Land- und Ernährungswirtschaft. Der Landwirtschafts- und Ernährungssektor ist damit einer der wenigen Bereiche, die zur Reduzierung des Außenhandelsdefizits beitragen. 2019 wurden insgesamt Ernährungsgüter im Wert von 64,2 Mrd. Euro exportiert (+2,9 % im Vergleich zu 2018). Die Importe beliefen sich auf 56,5 Mrd. Euro.⁹¹ Die Handelsbilanz des Sektors erbrachte 2019 einen positiven Saldo von 7,8 Mrd. Euro. Das entspricht einem Zuwachs von 0,9 Mrd. Euro gegenüber 2018, was auf ein Wachstum der Exporte (+1,8 Mrd. Euro) zurückzuführen ist, das den Zuwachs der Importe (+0,8 Mrd. Euro) übersteigt.⁹²

Mit einem Anteil von 5 % am Welthandel ist Frankreich heute der sechstgrößte Agrarexporteur der Welt hinter den Vereinigten Staaten, den Niederlanden, Deutschland, Brasilien und China. Wertmäßig entfallen drei Viertel der Exporte auf verarbeitete Produkte, das restliche Viertel auf landwirtschaftliche Rohprodukte. Der Handelsüberschuss wird hauptsächlich von Wein und Spirituosen, Milchprodukten, Getreide und Fleisch getragen.

Allerdings haben sich Frankreichs Handelsergebnisse in diesem Sektor trotz eines konjunkturellen Aufschwungs in den letzten zwei Jahren allmählich verschlechtert. Nur rd. 20 % der Unternehmen der Lebensmittelindustrie exportieren, bei einem Sektor, der zu 98 % aus kleinen und mittleren Unternehmen besteht. Zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg wies Frankreich allerdings zu EU-Ländern insgesamt ein Exportdefizit bei Ernährungsgütern auf.⁹³

Französische Agrarexporte gehen zu einem Anteil von 65 % in die Länder der EU. Wichtigste Abnehmer außerhalb der EU sind die USA gefolgt von China und der Schweiz. Eine Schwerpunktregion des französischen Absatzes sind die Länder des arabischen Raumes (vor allem Algerien, Saudi-Arabien, Ägypten und Marokko).

Wichtigste **Exportsparten** des Ernährungssektors sind Wein, Champagner und Spirituosen, mit denen 2019 ein Erlös von 17 Mrd. Euro erwirtschaftet wurde (davon für Wein und Spirituosen 14 Mrd. Euro und für Champagner 3 Mrd. Euro).^{94 95} Es folgen Milchprodukte mit dem Schwerpunkt Käse sowie Fleisch, Fleischprodukte und Schlachttiere.

Frankreichs Rolle als Nettoexporteur bei Nahrungsmitteln spiegelt sich in durchweg hohen Selbstversorgungsgraden wider. Bei Fleisch hat Frankreich in den letzten Jahren jedoch abnehmende Selbstversorgungsgrade, insbesondere bei Geflügelfleisch, mit Ausnahme von Schaf- und Ziegenfleisch. Bei Schweinefleisch blieben die Selbstversorgungsgrade seit 2014 weitestgehend konstant.⁹⁶

Wichtigste **Importsparte** ist der Bereich Obst und Gemüse. 2017 wurde Obst und Gemüse im Wert von 9,3 Mrd. Euro importiert. Es folgen Fleisch und Fleischprodukte, Fischereiprodukte, Öle und Ölkuchen sowie Milchprodukte.

Frankreich erwirtschaftet gegenüber Deutschland bei Ernährungsgütern ein leichtes Außenhandelsdefizit. 2018 standen deutschen Exporten nach Frankreich in Höhe von 6,0 Mrd. Euro Importe in Höhe von 5,9 Mrd. Euro aus Frankreich gegenüber.⁹⁷ Durch höhere Exportzuwächse konnte Deutschland im Verlauf der letzten Jahre seinen

⁹¹ Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères, Ministère de l'Économie et des Finances, Le commerce extérieur de la France, Rapport 2020, S. 68.

⁹² Ibid.

⁹³ <https://www.lesechos.fr/industrie-services/conso-distribution/agroalimentaire-la-france-perd-la-main-en-europe-1035838>

⁹⁴ <https://www.champagne.fr/fr/economie/chiffres-clef>

⁹⁵ <https://www.lesechos.fr/industrie-services/conso-distribution/vins-et-spiritueux-la-france-a-realise-des-exportations-records-en-2019-1171359>

⁹⁶ Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2019, S. 299.

⁹⁷ Ibid., vorläufige Daten, S. 235-240.

traditionellen Negativsaldo gegenüber Frankreich zu einem Positivsaldo wenden. Deutschland ist seit Jahren der wichtigste Abnehmer für französische Agrar- und Ernährungsgüter. Es folgten Belgien, Italien und das Vereinigte Königreich. Frankreich ist zugleich nach den Niederlanden das zweitwichtigste Bestimmungsland deutscher Agrarexporte.

An der Spitze der **deutschen Ernährungsgüterexporte** lagen Kaffee-, Tee- und Kakaoprodukte, Obst- und Gemüseprodukt, Getreideprodukte und Backwaren sowie Fleisch und Fleischprodukte. Die Qualität von Lebensmitteln aus Deutschland wird in Frankreich geschätzt, oft mangelt es jedoch an der Bekanntheit beim Verbraucher.

Frankreich ist der zweitgrößte Landtechnikmarkt in der EU. Mit einem Volumen von mehr als einer Milliarde Euro ist Frankreich der wichtigste ausländische Markt für deutsche **Landtechnik**. Letztere hat in Frankreich einen sehr guten Ruf, der ihr hilft, sich in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld der Landwirtschaft zu behaupten.

Politische Rahmenbedingungen

Regierungsumbildung

Seit den Kommunalwahlen im Frühjahr und Sommer 2020 und der Regierungsumbildung im Juli 2020 mit neuem Premier Castex und der Umbesetzung vieler Ministerposten befindet sich auch die französische Agrarpolitik im Umbruch.

Am 6. Juli 2020 wurde Julien Denormandie, zuvor für die Stadt und den Wohnungsbau zuständiger Staatsminister bei der Ministerin für territorialen Zusammenhalt und Beziehungen zu den Gebietskörperschaften Jacqueline Gouralt, als Nachfolger von Didier Guillaume zum Minister für Landwirtschaft und Ernährung ernannt. Denormandie ist Absolvent der renommierten Hochschule *Engref (Ecole nationale du génie rural, des eaux et des forêts)*, einem Ingenieurkorps für Land-, Wasser- und Forstwirtschaft. Denormandie ist ein Vertrauter Macrons. Von 2012 bis 2014 war Denormandie stellvertretender Kabinettschef des damaligen jungen Wirtschaftsministers Macron unter dem sozialistischen Staatspräsidenten François Hollande. Ab 2016 war er als stellvertretender Generalsekretär am Aufbau von Macrons *La République en Marche (LREM)* maßgeblich beteiligt. Denormandie bezeichnet sich selbst als „Minister der Landwirte“ (*ministre des agriculteurs*)⁹⁸.

Ebenfalls im Rahmen der Regierungsumbildung im Juli 2020 wurde Barbara Pompili, zuvor Staatssekretärin für internationale Beziehungen zum Klima und für Biodiversität im Umweltministerium sowie Vorsitzende des Ausschusses für nachhaltige Entwicklung und Raumplanung, als Ministerin für den ökologischen Wandel ernannt. Pompili ist ein ehemaliges Mitglied von *Europe Écologie-Les-Verts (EELV)*, aktuelles Mitglied dessen Abspaltung *Parti écologiste*, und trat später LREM bei. Pompili soll für das Macron-Lager die bei den Kommunalwahlen stark an die Grünen verloren gegangene Klientel vor allem in den städtischen Regionen zurückerobern helfen, um die Wiederwahl von Macron als Präsident im Jahre 2022 zu ermöglichen.

Im Zuge der Regierungsumbildung wurde Annick Girardin (linksliberales *Mouvement radical*), die bisherige Ministerin für Überseegebiete und ehemalige Ministerin für den öffentlichen Dienst, zur Ministerin für Meeresangelegenheiten ernannt. Seit 2017 hatte es in Frankreich kein Ministerium oder Staatssekretariat gegeben, das sich maritimen Angelegenheiten widmet. Die Neugründung gilt als kompliziert, da maritime Fragen bislang interministeriell die Ressorts Wirtschaft, Landwirtschaft (Fischerei), auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung betrafen und weiterhin einige thematische Überschneidungen bestehen. Girardin hält sich aufgrund zahlreicher gemeinsam ausübender Zuständigkeiten mit u.a. dem Wirtschafts-, Finanz- und Aufbauministerium im Bereich maritime Bodenschätze, mit dem Umweltministerium im Bereich Meeresschutz sowie mit dem Landwirtschaftsministerium im Bereich Fischereipolitik mit eigenen Akzenten bisher zurück. Das Ministerium unter Annick Girardin hat laut Dekret die ausschließliche Zuständigkeit für die Befugnisse in Bezug auf Navigation, Sicherheit, maritime Ausbildung, Seeleute, nautische Aktivitäten, Vergnügungsschifffahrt sowie maritime Raumplanung.

Ernährungssouveränität, Agrarpatriotismus, Rückverfolgbarkeit

Obwohl die Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ungeachtet von Marktstörungen auch während des Lockdowns ungefährdet blieb, hat die sanitäre Krise Auswirkungen auf Konsumpräferenzen. Im Juni 2020 appellierte der damalige Agrarminister Guillaume an alle Franzosen, in den aktuellen Krisenzeiten durch den Einkauf von lokalen oder zumindest französischen Produkten die französische Landwirtschaft zu unterstützen.

⁹⁸ Tweet von Landwirtschaftsminister Denormandie am 7. Juli 2021: https://twitter.com/J_Denormandie/status/1280443363003633664?s=20

Staatspräsident Macron beschrieb in seiner Ansprache vom 14.06.2020 die Hauptlinien seiner Politik zur wirtschaftlichen Erholung, die sich um das „Ziel der Wiedererlangung unserer Unabhängigkeit und einen wirtschaftlichen, ökologischen und solidarischen Wiederaufbau dreht“ und erwähnte – ohne ins Detail zu gehen – „Investitionen in die technologische, digitale, industrielle und landwirtschaftliche Unabhängigkeit.“ Dies wurde weiter durch traditionellere Ausdrücke wie *mangez français* (esst französisch) untermalt und verstärkte die ohnehin bereits ansteigende Nachfragepräferenz für lokale/französische Produkte.

Der Fokus von Agrarpolitik und Landwirtschaft auf den gezielten Konsum französischer Produkte und dessen Umsetzung durch *Labelling* ist nicht neu. Traditionell nutzt Frankreich ein vielfältiges System von nationalen und europäischen Herkunftskennzeichen, die dabei oft mit Qualitätskennzeichen gleichgesetzt werden (*signes de l'origine et de la qualité (SIOQ)*). Die Herkunft wird als Teil der kulturellen und nationalen Identität gesehen. SIOQ werden als agrarpolitisches Instrument vor allem zur Steigerung der Wertschöpfung durch (künstliche) Verknappung des Angebotes wie auch mit Blick auf den (mutmaßlichen) Verbraucherwillen eingesetzt und sie ermöglichen u.a. eine Abgrenzung gegenüber den Produkten globaler Mitbewerber. Seit über 80 Jahren werden die SIOQ unter der Aufsicht des Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährung durch das **Nationale Institut für Herkunft und Qualität (Institut national de l'origine et de la qualité (INAO))** verwaltet, das über Umsetzung und Kontrollverfahren wacht und ggf. für den Schutz der Bezeichnung sorgt.

Das älteste Herkunftskennzeichen ist die nationale *Appellation d'origine contrôlée (AOC)*. Sie kennzeichnet ein Produkt, bei dem alle Produktionsschritte (Herstellung, Verarbeitung und Veredelung) nach einem anerkannten Know-how im gleichen geografischen Gebiet erfolgen. Ihr europäisches Pendant ist die geschützte geografische Angabe (g.g.A.). Die *Appellation d'origine protégée (AOP)* schützt den Namen eines Produkts, dessen Herstellung in einem geographischen Gebiet stattfand. Sie entspricht der Angabe geschützte Ursprungsbezeichnung (g.U.) der EU. Die *Spécialité traditionnelle garantie (STG)* schützt ein traditionelles Rezept. Das *Label rouge* ist ein nationales französisches Zeichen. Es kennzeichnet Produkte, die aufgrund ihrer Produktions- oder Herstellungsbedingungen ein höheres Qualitätsniveau aufweisen als andere ähnliche Produkte.

Die Bezeichnung *Agriculture Biologique (AB)* garantiert, dass die Produktionsmethode dem ökologischen Landbau entsprechend die Umwelt und das Wohlbefinden der Tiere respektiert. Die Regeln für die ökologische Produktion sind in ganz Europa gleich. Importierte Produkte unterliegen den gleichen Anforderungen.

Eine Umsetzung dieser Präferenz in ein gezieltes Einkaufen lokaler bzw. französischer Produkte wird durch das am 27.05.2020 von Nationalversammlung und Senat verabschiedete „Gesetz über die Transparenz von Informationen bei Agrar- und Lebensmittelprodukten“ (**Etikettierungsgesetz**) und der damit verbesserten Rückverfolgbarkeit landwirtschaftlicher Produkte ermöglicht. Das Gesetz konstituiert eine Reihe verpflichtender Herkunftsangaben bei Gütern der Ernährungswirtschaft, u.a. bei Fleisch, Wein, Bier, Honig, und kakaohaltigen Produkten. Frankreich hatte als erster Mitgliedstaat bereits zum 1. Januar 2017 eine zunächst auf 2 Jahre befristet Herkunftskennzeichnung für Fleisch und Milch als Verarbeitungsprodukte eingeführt.

Die Bemühungen um **Ernährungssouveränität** laufen auch mit dem neuen Agrarminister Denormandie verstärkt weiter. Im Rahmen des Konjunkturprogramms *Plan France relance*, dem in Hinblick auf die Covid-19 Krise 100 Mrd. Euro umfassenden Wiederaufbauplan der französischen Wirtschaft, werden 364 Mio. Euro der, wie Denormandie verkündete, „Sicherstellung der französischen Ernährungssouveränität“⁹⁹ gewidmet.¹⁰⁰

Infolge der Covid-19-Pandemie und angesichts von Lieferschwierigkeiten zwischen Ländern sowie einer Änderung der Verbrauchergewohnheiten während der Zeit des Lockdowns, wurde am 12.01.2021 mit „**frisch und lokal**“ vom Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung gemeinsam mit den Landwirtschaftskammern eine Plattform für den Direktverkauf von landwirtschaftlichen Produkten vom Erzeuger zum Verbraucher geschaffen. Ziel ist es, die

⁹⁹ <https://agriculture.gouv.fr/12-milliard-deuros-au-service-de-nos-agricultures-de-nos-agriculteurs-et-des-consommateurs>

¹⁰⁰ <https://agriculture.gouv.fr/plan-de-relance-12-mdeu-dedies-au-volet-transition-agricole-alimentation-et-foret-pour-lagriculture>

Identifizierung von Produzenten in der Nähe des Wohnorts des Verbrauchers zu erleichtern und gleichzeitig die lokale Produktion aufzuwerten. Die unmittelbar von der Internetseite des Ministeriums zugängliche Plattform ermöglicht die lokale und regionale Suche nach Produkten (Obst und Gemüse, Fleisch, Fisch, Molkereiprodukte, alkoholische Getränke und Säfte, sonstige Lebensmittel) und nach Art der Erzeugerverkäufe (Ab-Hof-Verkäufe, Abholstellen, Erzeugerläden, Erzeugermärkte, reine Internetverkäufe). Die web-basierte Schnittstelle soll darüber hinaus Partnerproduzenten zusammenbringen und einen kollektiven Vermarktungsansatz fördern. Seit ihrer Gründung haben sich bereits mehr als 10 000 landwirtschaftliche Betriebe und Verkaufsstellen der Plattform angeschlossen.

Agrarökologie

Das Prinzip der Agrarökologie steht nach wie vor an hoher Stelle. Die Zielvorgabe der Regierung ist es, bis 2022 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den ökologischen Landbau zu überführen (derzeit 7,5 %) – auch wenn kritische Stimmen der Opposition dies als zunehmend unrealistisch sehen.¹⁰¹ Der auf 9,7 Mrd. Euro geschätzte französische Ökomarkt stellt weiterhin eine Nische der französischen Agrarproduktion dar, allerdings ist aufgrund eines ansteigenden Anteils der Produzenten am Mehrwert ein zunehmendes Interesse der Landwirte zu vermerken.

Von Seiten der Verbraucher steigen die Erwartungen für eine gesündere, sicherere und nachhaltigere Agrarproduktion, die Qualitäts-, Umwelt- und Tierschutzaspekte stärker berücksichtigt. In Hinblick darauf führte Frankreich in 2019 ein freiwilliges Umweltlabel für ökologisch produzierende Landwirte mit hohem Umweltwert (*haute valeur environnementale (HVE)*) ein. HVE soll sicherstellen, dass alle in einem Betrieb angewandten landwirtschaftlichen Praktiken das natürliche Ökosystem erhalten und die Umweltbelastung minimieren. Als Instrument der agrarökologischen Transition soll HVE mittelfristig den neuen Standard der französischen Agrarproduktion definieren. Erklärte Ziele des Labels sind der Schutz der natürlichen Ressourcen und Prozesse, die Stärkung der Autonomie des Betriebs, die Verbesserung der Wertschöpfung, die Reduzierung des Energieverbrauchs sowie die Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln.

Die HVE-Bewertung basiert auf Umwelleistungskennzahlen der Betriebe nach den Kriterien Erhaltung der Biodiversität, Einhaltung der Ecophyto-Strategie zur Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, Dünge- sowie Wasserressourcenmanagement. Landwirtschaftliche Betriebe, die das Label nutzen wollen, werden mindestens alle achtzehn Monate von einer Zertifizierungsstelle geprüft. Das Audit soll garantieren, dass die Schwellenwerte der Umwelleistungsindikatoren während der gesamten Gültigkeitsdauer des Zertifikats eingehalten werden.

Im Jahr 2019 erhielten 5 399 französische Betriebe dieses Label, das neben der Bezeichnung „aus einem umweltfreundlichen Betrieb“, „Bergbauernerzeugnis“ oder „Produkt des Bauernhofes“ geführt werden kann.¹⁰²

Gemeinsame Agrarpolitik

Auch die französische Europapolitik steht ganz im Zeichen von Covid-19. Akuter Krisenbewältigung und dem mittel- bis langfristigen Umgang mit den wirtschaftlichen Folgen der Krise werden die meisten anderen Themen untergeordnet. Dabei verlor Staatspräsident Macron die traditionelle französische Forderung nach „finanzieller Solidarität“ in der EU nicht aus den Augen. Vor diesem Hintergrund wurde die von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Macron am 18. Mai lancierte Initiative zur wirtschaftlichen Erholung Europas nach der Coronakrise in breiten Teilen der französischen Öffentlichkeit als Zeichen für die lange erhoffte Wiederbelebung des deutsch-

¹⁰¹ https://www.lemonde.fr/economie/article/2020/02/05/l-objectif-de-convertir-15-de-la-surface-agricole-utile-au-bio-d-ici-a-2022-est-hors-d-atteinte_6028506_3234.html

¹⁰² <https://agriculture.gouv.fr/les-chiffres-cles-de-la-haute-valeur-environnementale-hve>

französischen Tandems in Europa äußerst positiv aufgenommen. Ein autonomeres, stärkeres und handlungsfähigeres Europa („souveränes Europa“) bleibt Ziel der französischen Europapolitik. Eine soziale Ausrichtung der europäischen Politik bleibt aus französischer Sicht gerade in der aktuellen Krise weiter geboten (insb. Hilfen für die Arbeitslosenversicherung).

In den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 plädierte Frankreich konsequent für einen ehrgeizigen, d.h. umfangreichen EU-Haushalt ohne Kürzungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

Frankreich ist der mit Abstand größte Empfänger von EU-Hilfen im Rahmen der GAP.

Die **entkoppelte Beihilfe**, die 2014 existierte und als einheitliche Betriebsprämie bekannt war, wurde 2015 durch eine dreiteilige Beihilfe ersetzt: die Basiszahlung (*basic payment entitlement*), die „grüne Zahlung“ und die Umverteilungszahlung.

Die **Basiszahlung** wird in Abhängigkeit von den Prämienrechten und der von den Landwirten gehaltenen Flächen gezahlt. Im Jahr 2020 betrug der durchschnittliche Wert der Basiszahlung in Frankreich (indikativ) 114 Euro. Berücksichtigt man die Summe aus Basis-, „grüner Zahlung“ und Umverteilungszahlung, betrug der durchschnittliche Wert 2020 in Frankreich 244 Euro für die ersten 52 aktivierten Prämienrechte.

Die **„grüne Zahlung“**, ist eine Direktzahlung an Landwirte in Kontinentalfrankreich (Landwirte in den französischen Überseedepartements kommen in den Genuss besonderer Beihilferegulungen im Rahmen des Programms zur Lösung der spezifisch auf Abgelegenheit und Insellage zurückzuführenden Probleme (*Programme d'options spécifiques à l'éloignement et l'insularité (POSEI)*). Sie verlangt von einer großen Anzahl von Landwirten die Einhaltung von Maßnahmen, die durch ihre Gesamtanstrengung dazu beitragen, die Umweltleistung der Landwirtschaft in Bezug auf die biologische Vielfalt, den Schutz der Wasserressourcen und die Bekämpfung des Klimawandels zu verbessern. Die „grüne Zahlung“ ist eine entkoppelte Zahlung (d.h. unabhängig von der Art der Produktion), deren Höhe proportional zur Höhe der Basiszahlung ist: im Jahr 2020 betrug sie im Durchschnitt etwa 80 €/ha. In Frankreich macht die grüne Zahlung 30 % der gesamten Direktzahlungen aus, d.h. mehr als 2 Mrd. Euro pro Jahr.

Die „grüne Zahlung“ wird jedem Landwirt gewährt, der die Basiszahlungsregelung in Anspruch nimmt und drei für die Umwelt vorteilhafte Kriterien einhält, indem er

- auf regionaler Ebene zur Erhaltung eines Anteils von Dauergrünland an der gesamten förderfähigen Fläche beiträgt und bestimmte Dauergrünlandflächen und Weiden, die als empfindlich bezeichnet werden, nicht umbricht;
- eine Anbaudiversifizierungsanforderung einhält: d.h. auf seiner Ackerfläche (landwirtschaftliche Fläche außer Dauergrünland und Dauerkulturen, z.B. Weinreben, Obstplantagen...) im Regelfall mindestens drei Kulturen anbaut;
- über Flächen von ökologischem Interesse auf dem Betrieb verfügt (d.h. Bereiche aus Hecken oder Pufferstreifen, die mindestens 5 % der Ackerfläche entsprechen).

Für Landwirte, deren Betrieb vollständig ökologisch bewirtschaftet wird, reicht die Einhaltung der mit seiner Zertifizierung für den ökologischen Landbau verbundenen Anforderungen durch den Landwirt aus: Auf diesen Flächen wird davon ausgegangen, dass der Landwirt die Anforderungen der „grünen Zahlung“ erfüllt, ohne dass die Einhaltung jedes der drei Kriterien überprüft werden muss.

Für Landwirte mit teilweise ökologischem Landbau gilt:

- für Flächen, die ökologisch bewirtschaftet werden (in Umstellung oder Erhaltung), ist die Einhaltung der Anforderungen an den ökologischen Landbau ausreichend;
- der Teil des Betriebs, der alle nicht ökologisch bewirtschafteten Flächen umfasst, wird auf die Einhaltung der drei Kriterien geprüft: wenn der Landwirt sich jedoch dafür entscheidet, können die Kriterien auf die gesamte Fläche des Betriebs angewendet werden.

Für Maiserzeuger wurde ein besonderer Mechanismus eingeführt, wodurch der Landwirt anstelle der drei genannten Kriterien auch eine vereinbarte Äquivalenzregelung in Anspruch nehmen kann:

- Ersetzen des Kriteriums „Anbaudiversifizierung“ durch eine Verpflichtung zur Winterbegrünung, indem die Winterbegrünung spätestens 15 Tage nach der Maisernte angelegt und mindestens bis zum 1. Februar des Folgejahres beibehalten wird;
- Einhaltung der gleichen Verpflichtungen, die auch für andere Landwirte gelten, für die beiden Kriterien „Dauergrünland“ und „Flächen von ökologischem Interesse“.

Bei der **Umverteilungszahlung** handelt es sich um eine entkoppelte Zahlung mit einem festen Betrag auf nationaler Ebene, der zusätzlich zu und innerhalb der Grenze der ersten 52 vom Betrieb aktivierten Prämienrechte gezahlt wird. Sie wird eingesetzt, um den Wert der Produktion mit hoher Wertschöpfung oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen in unterdurchschnittlichen Betrieben zu erhöhen (im Allgemeinen meist Viehhaltung und insbesondere Milchviehhaltung oder Obst- und Gemüseanbau). Es handelt sich um eine Beihilfe, die indirekt die Beschäftigung anerkennt. Die Höhe der Umverteilungszahlung beträgt seit 2016 ca. 50 €/ha.

Bei der zusätzlichen **Zahlung an Junglandwirte** handelt es sich um eine entkoppelte Zahlung, die zusätzlich zu den ersten 34 Prämienrechten, die ein von einem Junglandwirt kontrollierter Betrieb aktiviert, und im Rahmen dieser Grenze gezahlt wird. Diese Zahlung wird für einen Zeitraum von maximal 5 Jahren gewährt. Dieses System, das seit der Kampagne 2015 implementiert ist, mobilisiert 70 Mio. Euro pro Jahr. Die Höhe der Zahlung wird jedes Jahr in Abhängigkeit von den verfügbaren finanziellen Mitteln und der Anzahl der beihilfefähigen Hektar festgelegt. Als Junglandwirt (*jeune agriculteur (JA)*) – und damit als zuweisungsberechtigt für Prämienrechte aus der nationalen Reserve – gilt eine natürliche Person, die:

- im Jahr der ersten Antragsstellung 40 Jahre oder jünger ist,
- innerhalb der 5 Jahre vor der ersten Antragsstellung nach der Basiszahlungsregelung (*régime de paiement de base (RPB)*) erstmalig ansässig wurde und
- zum Zeitpunkt der Einreichung des JA-Zahlungsantrags ein Diplom der Stufe IV oder alternativ eine Anerkennung der durch Berufserfahrung erworbenen Fähigkeiten besitzt:
 - entweder durch ein Diplom der Stufe V oder durch eine Bescheinigung über den Abschluss einer weiterführenden Schule und den Nachweis, dass in den letzten drei Jahren vor Antragsstellung auf eine JA-Zahlung mindestens 24 Monate in der landwirtschaftlichen Produktion gearbeitet wurde;
 - oder durch den Nachweis einer mindestens 40-monatigen Tätigkeit im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung in den letzten fünf Jahren vor der Antragsstellung.

Ein Unternehmen gilt als „Junglandwirt“, wenn einer der Gesellschafter, die das Unternehmen führen, die Kriterien für einen Junglandwirt erfüllt.

Frankreich nutzt die **gekoppelten Beihilfen** in vollem Umfang der Möglichkeiten, die der Gemeinschaftstext bietet, weil sie nach französischer Auffassung ein entscheidendes Instrument für die Ausrichtung der Produktion sind. Die gekoppelte Beihilfe kann bis zu einem Höchstbetrag von 13 % des Budgets für Direktbeihilfen gewährt werden (1 % entspricht hier 67 Mio. Euro). Bei den GAP-Verhandlungen wurde die Möglichkeit der Gewährung von zusätzlichen 2 % für die Produktion von Pflanzenproteinen erreicht, was den Höchstsatz der gekoppelten Beihilfe auf 15 % erhöht.

Folgende Produktionen können von den gekoppelten Beihilfen profitieren, die größtenteils für die Viehzucht bestimmt sind (849 Mio. Euro pro Jahr für die Viehzucht von insgesamt 1 010 Mio. Euro an gekoppelten Beihilfen):

- Mutterkühe/Milchkühe
- Schafe
- Ziegen
- Kälber bei der Mutter und Bio-Kälber
- Hartweizen
- Pflaumen zur Verarbeitung/verarbeitete Früchte
- Tomaten zur Verarbeitung/Stärkekartoffeln
- Hopfen

- Hanf
- Grassamen
- Reis
- pflanzliche Proteine:
 - Sojabohnen
 - Eiweißpflanzen: Erbsen, Ackerbohnen, Lupinen
 - Futterleguminosen (seit 2018 sind Mischungen aus Futterleguminosen und Gras nicht mehr förderfähig)
 - Futterleguminosen zur Entwässerung/Futterleguminosensamen

Fast alle gekoppelten Tierbeihilfen werden unter Anwendung eines Degressivitäts- und/oder Kappungsprinzips gewährt, d.h. die Beihilfe wird gekürzt oder ab einer bestimmten Anzahl von Tieren nicht mehr gezahlt.

Die **Ausgleichszulage für naturbedingte Nachteile** ist eine grundlegende Beihilfe zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Tätigkeit in benachteiligten Gebieten (Berggebiete, Vorgebirge und einfache benachteiligte Gebiete). Der Einkommensunterschied zwischen diesen Gebieten und den Tieflandgebieten ist nach wie vor signifikant, was eine Erhöhung der Ausgleichszulage rechtfertigt. Darüber hinaus wurde die bis 2014 bestehende Grünlandförderung in Form der Agrarumweltprämie für Grünland (*Prime herbagère agro-environnementale (PHAE)*) abgelöst und 2015 ein zusätzlicher Betrag in die Ausgleichszulage integriert, was eine wesentliche Vereinfachung darstellt.

Der Betrag der Ausgleichszulage für jeden Begünstigten beträgt seit 2015 70 €/ha bei einer Fläche bis zu 75 ha. Insgesamt repräsentierte die Ausgleichszulage ein Jahresbudget von 1 100 Mio.

Die Einführung der Ausgleichszulage, die fast 100 000 Landwirten zugutekommt, soll ein einheitliches, vereinfachtes, verständliches und stark erweitertes System innerhalb der zweiten Säule ermöglichen, um den notwendigen Ausgleich der Einkommensunterschiede zu gewährleisten. Eine neue Abgrenzung der Zonierung trat ab dem Wahljahr 2019 in Kraft. Diese neue Zonierung hat die Anzahl der klassifizierten Gemeinden von 10 429 auf 14 210 erhöht.

Mit dem **Plan für die Wettbewerbsfähigkeit und Anpassung der landwirtschaftlichen Betriebe** wird die Förderung von Investitionen der landwirtschaftlichen Betriebe verfolgt. Die entsprechenden Maßnahmen sind in jedem der regionalen Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums enthalten, für die die Regionen als Verwaltungsbehörden zuständig sind. Seit 2018 ist sie in die Instrumente der landwirtschaftlichen Komponente des **Grand plan d'investissement** integriert, der die Herausforderungen der Modernisierung von landwirtschaftlichen Betrieben bewältigen soll. Zudem wird die Durchführung der Maßnahme in der Tierhaltung, dem *pacte biosécurité et bien-être animal*, des Konjunkturprogramms mit einer Zuweisung von 98 Mio. Euro unterstützt.

Der **Investitionsplan Biosicherheit und Tierschutz** ermöglicht es, das Produktionssystem zu modernisieren, zu innovieren, wirtschaftliche, ökologische, gesundheitliche und soziale Leistungen zu kombinieren und die Ansiedlung neuer Landwirte zu fördern. Er ist Teil der gemeinsamen strategischen Ausrichtung der vor- und nachgelagerten Bereiche. Zwischen 2015 und 2019 hat sich das jährliche Gesamtbudget des Plans von 313 Mio. Euro im Jahr 2015 auf 621 Mio. Euro im Jahr 2019 fast verdoppelt. Die wichtigsten Geldgeber sind das Landwirtschaftsministerium, die Regionen und die Europäische Union, hinzu kommt die Unterstützung durch andere Geldgeber wie Wasserbehörden und Departementsräte.

Die Regionen und der Staat entwickeln auf der Grundlage von Konsultationen mit dem landwirtschaftlichen Berufsstand eine gemeinsame Strategie für den Plan zur Wettbewerbsfähigkeit und Anpassung des Agrarsektors, die auf den folgenden vier Prioritäten beruht:

- Schwerpunkt **Viehzucht**: Die Modernisierung von Viehzuchtbetrieben ist die erste Priorität des Plans, angesichts des besonderen Bedarfs in diesem Sektor, der mit hohen Investitionskosten verbunden ist, mit der besonderen Herausforderung von Gebäuden, verbesserten Arbeitsbedingungen und Futtermittel selbstversorgung für die Tiere.

- **Priorität für den Pflanzensektor:** die Suche nach wirtschaftlicher und ökologischer Leistung durch die Kontrolle von Inputs und den Schutz natürlicher Ressourcen (Bodenerosion, Wasser, Biodiversität etc.). Es geht auch darum, auf die spezifischen Probleme einiger dieser Sektoren zu reagieren: Renovierung von Obstgärten, Investitionen in Gewächshäuser, Investitionen in die Sektoren Hanf, Flachs, Kartoffelstärke und Reis, um deren Verschwinden zugunsten von Getreide zu verhindern, usw.
- **Priorität für die Verbesserung der Energieleistung von landwirtschaftlichen Betrieben,** um die Produktionskosten zu senken und Investitionen in Energieeinsparungen und die Erzeugung erneuerbarer Energie in landwirtschaftlichen Betrieben zu fördern, insbesondere durch Methanisierung.
- **Querschnittspriorität ist die Förderung von Projekten, die Teil eines agrarökologischen Ansatzes sind,** insbesondere solche, die im Rahmen einer wirtschaftlichen und ökologischen Interessengemeinschaft durchgeführt werden.

Neben der zusätzlichen Zahlung für Junglandwirte im Rahmen der ersten Säule wurden die bestehenden Maßnahmen im Rahmen der zweiten Säule verstärkt. Insbesondere die subventionierten Darlehen zur Finanzierung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben wurden 2017 in allen Regionen zugunsten einer Stärkung der **Junglandwirteförderung** abgeschafft. Die Förderung wird unter der Voraussetzung gewährt, dass der Inhaber eine Bedingung der professionellen landwirtschaftlichen Kapazität erfüllt und einen Geschäftsplan über 4 Jahre erstellt hat, der die Entwicklung eines wirtschaftlich tragfähigen Installationsprojekts widerspiegelt, das ein ausreichendes landwirtschaftliches Einkommen ermöglicht. Für Projekte, die erst am Ende des Geschäftsplans eine wirtschaftliche Solidität erreichen, wurde eine Möglichkeit der schrittweisen Installation eingeführt. Der Betrag der Junglandwirteförderung wurde zwischen 2016 und 2018 um ca. 56 % aufgewertet und liegt im Jahr 2020 im Durchschnitt bei ca. 32 700 Euro. In benachteiligten und bergigen Gebieten wird dieser Betrag nach oben angepasst, um Anlagen außerhalb des familiären Rahmens, Projekte, die den Prinzipien der Agrarökologie entsprechen, und Projekte, die Mehrwert und Beschäftigung schaffen, zusätzlich zu fördern. Im Jahr 2020 beläuft sich das Gesamtbudget zur Finanzierung der Junglandwirteförderung auf 158 Mio. Euro (staatliche Kredite und Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)).

Bei den **Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (*Mesures agroenvironnementales et climatiques (MAEC)*) sowie Hilfen für den ökologischen Landbau** handelt es sich um Maßnahmen zur Unterstützung von Betrieben, die sich für die Entwicklung von Praktiken einsetzen, die wirtschaftliche Leistung und Umweltleistung miteinander verbinden, oder die solche Praktiken beibehalten, die vom Aussterben bedroht sind. Diese Hilfen sind ein Schlüsselinstrument für die Umsetzung des agrarökologischen Projekts für Frankreich. Seit 2015 gibt es eine neue Art von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen. Ihre Spezifikationen umfassen den gesamten oder annähernd gesamten Betrieb und nicht nur die Parzellen, auf denen ein Umweltproblem besteht. Der Gesamtbetrag der öffentlichen Beihilfen für MAEC im Zeitraum 2014-2020 ist doppelt so hoch wie im Zeitraum 2007-2013. Die Beträge für Beihilfen zur Umstellung auf den ökologischen Landbau und dessen Beibehaltung werden im Laufe des Zeitraums schrittweise verdoppelt, um die Ziele des *plans Ambition Bio* zu unterstützen, der eine Verdoppelung der Anbaufläche für den ökologischen Landbau vorsieht.

Wie jede andere Tätigkeit ist auch die Landwirtschaft mit Risiken behaftet. Klima-, Gesundheits- oder Umweltrisiken, auf die Landwirte nur wenig Einfluss haben, können sich erheblich auf die Lebensfähigkeit der Betriebe auswirken. Frankreich sieht daher vor, Landwirte bei der **Verbesserung des Risikomanagements** zu unterstützen, um die Widerstandsfähigkeit ihrer Betriebe zu erhöhen und damit die Auswirkungen dieser Risiken, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, zu minimieren. Die öffentliche Hand unterstützt die Entwicklung von Risikomanagement-Tools in der Landwirtschaft. Seit 2015 wird diese Unterstützung im Rahmen der zweiten Säule durch ein spezifisches nationales Programm, das *Programme national de gestion des risques et assistance technique (PNGRAT)*, umgesetzt. Das PNGRAT wird von der Europäischen Union im Rahmen von ELER kofinanziert. Es soll 2021 grundlegend reformiert werden;

Das bisherige Programm basiert auf zwei Säulen:

- Eine Beihilfe besteht aus einer teilweisen Deckung (maximal 65 %) der Prämie oder des Beitrags für eine Mehrgefahren-Klimaversicherung für Kulturen, die ein Landwirt abgeschlossen hat. Es soll Landwirte ermutigen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimarisiken auf ihren Betrieben zu managen. So können sie von einer auf alle

Klimarisiken ausgedehnten und an ihre Bedürfnisse angepassten Risikoabdeckung profitieren. Im Jahr 2020 waren fast 31,4 % der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (ohne Grünland) durch einen Mehrgefahren-Klimaversicherungsvertrag abgedeckt. Seit 2016 werden den Landwirten neue Versicherungsverträge angeboten, mit dem Ziel, ein Mindestmaß an Schutz für jede Art von Sektor und Betrieb zu entwickeln.

- Eine Hilfe für Fonds auf Gegenseitigkeit bei Gesundheitsgefährdungen und Umweltvorfällen. Diese Beihilfe ermöglicht die Unterstützung eines behördlich genehmigten Fonds auf Gegenseitigkeit, der zur Entschädigung von Landwirten für wirtschaftliche Verluste infolge eines Gesundheits- oder Umweltvorfalls einspringt. Der nationale landwirtschaftliche Fonds für die Vergemeinschaftung von Gesundheits- und Umweltrisiken (*Fonds national agricole de mutualisation sanitaire et environnemental (FMSE)*) ist der einzige von den Behörden genehmigte Vergemeinschaftungsfonds. Im Falle eines Vorfalls entschädigt sie jeden angeschlossenen Landwirt, dessen Produktionsmittel betroffen ist, gemäß den festgelegten Anspruchsvoraussetzungen. Die öffentliche Beihilfe erstattet dem Fonds auf Gegenseitigkeit dann einen Teil der gezahlten Entschädigung (bis zu 65 %).

Das Risikomanagementprogramm ermöglicht somit die Unterstützung der Entschädigungsmechanismen, die den Landwirten im Falle von Klima-, Gesundheits- oder Umweltgefahren zur Verfügung stehen. Ziel ist es, dass möglichst viele Landwirte im Katastrophenfall Zugang zu einem der bestehenden Mechanismen haben.

Weitere ELER-Maßnahmen können zur Unterstützung agrarökologischer Projekte mobilisiert werden (MAEC, Agroforstwirtschaft, Unterstützung für Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe, Beihilfen für Animation usw.). Zu den Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, für die die Regionen als Verwaltungsbehörden fungieren, gehören auch andere Beihilferegelungen zur Förderung von Investitionen in die Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie zur Ausbildung oder technischen Unterstützung von Landwirten, sowie die Entwicklung der Forst- und Holzindustrie. Diese Programme ermöglichen es, Innovationen im ländlichen Raum zu fördern, seine Attraktivität zu unterstützen und die Schaffung von Aktivitäten und Arbeitsplätzen im ländlichen Raum zu fördern. Sie unterstützen auch Maßnahmen zur Stärkung sozialer Verbindungen und zum Aufbau kollektiver Projekte, insbesondere Projekte im Rahmen des LEADER-Ansatzes.

Für alle flächengebundenen GAP-Beihilfen ist in den Gemeinschaftstexten festgelegt, dass die Beihilfen den landwirtschaftlichen Flächen vorbehalten sind. Für bestimmte nichtlandwirtschaftliche Merkmale (Bäume, Hecken, Teiche, Gebüsch, Felsen usw.) gelten jedoch besondere Bestimmungen, die es unter bestimmten Bedingungen erlauben, die diesen Merkmalen entsprechende Fläche in die Förderfähigkeit einzubeziehen. In Frankreich wurden alle Möglichkeiten, die die Gemeinschaftstexte bieten, ausgeschöpft, um nichtlandwirtschaftliche Elemente in den förderfähigen Gebieten so weit wie möglich zu berücksichtigen.

Agrarhandelspolitik

Mit dem Hinweis, dass die Bürger nur ein Europa akzeptieren würden, das die Interessen seiner Mitgliedstaaten und seiner Bürger schützt, hatte Macron bereits im Wahlkampf angekündigt, im Falle seiner Wahl den Entwurf des *Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)* durch ein Expertengremium daraufhin überprüfen zu lassen, ob es die französischen und europäischen Interessen im Sanitär-, Phytosanitär- und Veterinärbereich sowie beim Klima- und Umweltschutz widerspiegelt. Die Experten konstatierten im CETA-Entwurf hinreichende Garantien in den genannten Bereichen. Importprodukte sind in der EU nicht verkehrsfähig, wenn sie wissenschaftlich gesicherte EU-SPS-Standards (*Sanitary and phytosanitary*) nicht erfüllen. Sie beklagten aber zugleich ein mangelndes Ambitionsniveau der EU bei der Verankerung europäischer Standards und des Vorsorgeprinzips. Zu beklagen seien primär verpasste Gelegenheiten. So weise der Entwurf u.a. große Lücken beim Klimaschutz auf und folge keiner glaubwürdigen Strategie zur Emissionsverringerung. Er gebe grundsätzlich Anlass zur Sorge, dass sanitäre und umweltbezogene Normen der EU verwässert würden.

Im Agrarbereich seien insbesondere die vorgesehenen Regelungen zu Tiermehl, zu Antibiotika als Wachstumsförderer, zur GVO-Kennzeichnung sowie zu zugelassenen Pestiziden und zulässigen Pestizidrückständen in Lebensmitteln mangelhaft. Ferner seine möglichen negativen Auswirkungen auf die bereits geschwächte tierische Produktion in der EU aufgrund erhöhter Importe aus Kanada (trotz vorgesehener Einschränkungen) zu befürchten.

Ihre Vorschläge zur besseren Berücksichtigung von Gesundheits-, Klimaschutz- und Umweltaspekten in Handelsabkommen ließ Macron in einen interministeriellen und mit Nichtregierungsorganisationen (NGO) abgestimmten Aktionsplan einfließen, der auch für künftige Abkommen als Richtschnur dienen soll.

Danach sei u.a. erforderlich

- eine bessere und umfassendere Folgenabschätzung der Auswirkungen auf nachhaltige Entwicklung (Agrar: auch unter agrarökonomischen, -ökologischen und sozialen Aspekten),
- eine bessere Kohärenz mit den Prinzipien anderer EU-Politiken (Agrar: Vorsorgeprinzip, GAP nach 2020, Verteidigung europäischer Agrarmodelle, *Single pocket*-Ansatz, Sicherstellung eines *Level playing field*, z.B. nach OIE- und EU-Tierwohlstandards) sowie
- eine der Zivilgesellschaft gegenüber transparentere Verhandlungsführung (Agrar: bis hin zur Justiziabilität in Bezug auf Nachhaltigkeitsaspekte)

Zum Follow-up insbesondere in Bezug auf die bessere Verankerung von SPS-Standards und Nachhaltigkeitsaspekten hat das Kabinett einen regelmäßigen interministeriellen Arbeitskreis eingerichtet.

Das Landwirtschaftsministerium zieht in einer Agrarexportstrategie, die durch zwischenzeitliche Aktionspläne und die gemeinsame Dachmarke *Taste France* ergänzt wurde, den Schluss, dass trotz des exzellenten identitätsstiftenden Images und der Qualität der Produkte der französischen Land- und Ernährungswirtschaft ein Defizit der Exportkultur in Frankreich herrsche. Frankreich müsse Märkte zurückerobern, wettbewerbsfähiger werden und sich stärker an der Nachfrage der internationalen Verbraucher ausrichten. Dabei gelte es, die Vision einer nachhaltigen, klima- und umweltgerechten, ressourcenschonenden agrarökologischen Landwirtschaft zu transportieren, die Familienbetriebe verteidigt, gegen Lebensmittelverschwendung angeht und ergänzend zur lokalen Produktion zur Ernährungssicherheit beiträgt (VN-Nachhaltigkeitsziel II). Dies müsse auch mit dem Ehrgeiz geschehen, aus den französischen und europäischen sanitären, phyto-sanitären, Sozial- und Umweltstandards sowie Herkunfts- und Qualitätszeichen eine internationale Bewegung zu machen.

Agrarpolitiker und Agrarwirtschaft in Frankreich sehen Verhandlungen der EU über neue Freihandelsabkommen überwiegend eher kritisch bis ablehnend. Dies gilt für die Verhandlungen mit den Mercosur-Ländern wie für eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft und andere in Vorbereitung befindliche Abkommen. Frankreichs Position wird dabei von seinen Agrarinteressen entscheidend mitbestimmt. Man fürchtet, dass diese anderen wirtschaftlichen Interessen der EU zum Opfer fallen könnten.

Französische Analysen sehen die Landwirtschaft meist als Verlierer. Das Institut für Tierhaltung (*Institut de l'élevage*) kommt regelmäßig zu dem Ergebnis, dass die eigene Produktion gegenüber potentiellen globalen Mitbewerbern beträchtlich im Nachteil sei. Besonders fürchtet man die Konkurrenz bei der wenig wettbewerbsfähigen Rindfleischerzeugung.

Staatspräsident Macron bekräftigte kürzlich, dass er im Welthandel die Verankerung ökologischer und sozialer Produktionsstandards für Güter der Agrar- und Ernährungswirtschaft anstrebe, die denen in der EU gleichwertig sind. Man müsse Handel mit Ländern treiben, „die die gleichen Anstrengungen wie Frankreich unternehmen“, erklärte Macron. Frankreich wolle dazu in einem ersten Schritt "Spiegelklauseln" in der europäischen Handelspolitik durchzusetzen. Es dürfe keine Verhandlungen mit Ländern geben, die das Pariser Klimaübereinkommen nicht respektierten und Umwelt- und Sozialdumping betrieben. Frankreich werde aus diesem Grunde den vorliegenden Mercosur-Abkommenstext nicht unterzeichnen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist der Schutz geographischer Ursprungskennzeichnungen von Nahrungsmitteln, die in Frankreich traditionell große Bedeutung haben (s.o).

Agrarumweltpolitik

Die Mehrheit der Franzosen hat grundsätzlich ein positives Bild der Landwirtschaft, das untrennbar mit der französischen Esskultur verbunden ist. Allerdings ist dieses Bild vielfach nostalgisch verklärt und stimmt oft nicht mit der Realität der Landwirtschaft überein. Große Tierhaltungsbetriebe werden z.B. ausgeprägter als in Deutschland als industrielle Landwirtschaft weithin abgelehnt. Die Franzosen wünschen sich eine Landwirtschaft, die die Aspekte Gesundheit und Umwelt stärker berücksichtigen.

Die gesellschaftlichen Erwartungen kontrastieren teilweise mit den Forderungen der Landwirte. Insbesondere die urbane Gesellschaft stellt die Praktiken der konventionellen Landwirtschaft auch in Frankreich zunehmend in Frage.

Die Bauernverbände kritisieren zunehmendes *Agribashing* und insbesondere nationale Umweltauflagen, die über das EU-Recht hinausgehen, weil sie eine Verschlechterung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit befürchten. Ebenso wie für die Landwirte in Deutschland ist auch für sie weniger Bürokratie ein zentrales Anliegen.

Um die Vereinbarkeit von Landwirtschaft und Umwelt zu verbessern, haben bereits frühere Regierungen zahlreiche Programme initiiert, die beschleunigt fortgeschrieben werden:

- Saatgut und nachhaltige Landwirtschaft (2011)
- Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung (*Ecoantibio* 2012)
- Nachhaltige Entwicklung der Bienenhaltung (2013)
- Ausbau von Biogas (2013)
- Pflanzliche Proteine (2014 ff.)
- Reduzierung des Einsatzes von chemischen Pflanzenschutzmitteln (*Ecophyto II* 2015, *Ecophyto II* 2020)
- Ausbau des ökologischen Landbaus (*Ambition Bio* 2017 und 2022)

In der französischen Öffentlichkeit besteht eine sehr hohe Sensibilität beim **Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln**. Zur Reduzierung des Einsatzes hat die Regierung 2015 das Programm *Ecophyto II* gestartet. Es löst ein Vorgänger-Programm aus dem Jahre 2008 ab, das bis 2018 eine Halbierung des Einsatzes von chemischen Pflanzenschutzmitteln (cPS) vorsah, aber zu keiner nennenswerten Reduzierung geführt hat. Mit *Ecophyto II* will Frankreich den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln erheblich weiter reduzieren (bis hin zum Verzicht auf chemische Pflanzenschutzmittel sofern Alternativen existieren) und zugleich den Anteil des biologischen Pflanzenschutzes von 5 auf 15 % steigern. Diese ehrgeizigen Ziele sollen mit einem Bündel von Maßnahmen erreicht werden, wie insbesondere durch Aufklärungs- und Beratungsmaßnahmen, die Aufstockung der Zahl der Demonstrationsbetriebe von 1900 auf 3000 und vermehrte Forschung.

Die Gesetzgebung zum chemischen Pflanzenschutz ist in Frankreich bereits restriktiv. Seit 2017 dürfen chemische Pflanzenschutzmittel in Selbstbedienungsgeschäften nur noch dann an Hobbygärtner verkauft werden, wenn sie dabei von speziell geschulten Personen beraten werden. Seit dem 1.1.2019 ist der Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln (PSM) durch Hobbygärtner gänzlich verboten. Der Einsatz von cPS für die Unterhaltung von öffentlichen Grünanlagen, Wäldern, öffentlichen Wegen und Straßen ist nunmehr untersagt. Ausgenommen sind Produkte des biologischen Pflanzenschutzes, sog. Niedrig-Risiko-PSM und für den biologischen Landbau zugelassene Produkte. Seit dem 1.9.2018 gilt für die als bienenschädlich verdächtigten Neonikotinoide ein Totalverbot, das jedoch zeitlich befristet zum Zwecke der Beize von Zuckerrübensaatgut gegen die Vergilbungskrankheit zwischenzeitlich gelockert wurde.

Aktuell tritt der Themenbereich **Wasser und Anpassung an den Klimawandel** in den Vordergrund. Staatspräsident Macron beauftragte seinen Landwirtschaftsminister damit vor dem Sommer 2021 im Rahmen einer nach dem Veranstaltungsort benannten großen Debatte „Varenne de l'eau“ ein "nationales Landwirtschaftsprojekt" aufzubauen. Es gelte vor allem, die Regeln für territoriale Projekte wie Wasserreservoirs so zu gestalten, dass sie innerhalb weniger Monate und nicht erst in 18, 24 oder mehr als 36 Monaten zu realisieren seien.

Auf Vorschlag des früheren Landwirtschaftsministers Le Foll wurde auf der Weltklimakonferenz COP21 im Dezember 2015 in Paris die Initiative „**4 von 1000 – Böden für Ernährungssicherheit und Klima**“ gestartet. Der Grundgedanke der Initiative ist, durch eine jährliche weltweite Steigerung des Kohlenstoffgehalts der landwirtschaftlich genutzten Böden um 4 Promille die jährlichen anthropogenen Treibhausgasemissionen (THG)-Emissionen (75 % aller THG-Emissionen) auszugleichen und zugleich die Bodenfruchtbarkeit zu verbessern. Die Umsetzung soll über ein internationales Forschungsprogramm sowie öffentliche und private Beiträge und Projekte für praktische Maßnahmen erfolgen. Deutschland ist dem Konsortium der Initiative im März 2017 beigetreten.

Die Landwirtschaft verursacht 20 % der THG des Landes. Der Ausstoß konnte im Zeitraum 1990 bis 2012 um 8 % reduziert werden. Im Rahmen der Nationalen Kohlenstoff-Reduzierungsstrategie vom November 2015 soll der THG-Ausstoß in der Landwirtschaft bis 2028 um weitere 12 % reduziert werden. Damit wurde der Landwirtschaft ein deutlich geringeres Ziel zugestanden als anderen Branchen (Industrie -24 %, Baubereich -54 %, Transport -29 %).

Große Bedeutung innerhalb der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen hat die **Förderung des ökologischen Landbaus**. Für die Zahlungen zur Umstellung bzw. Beibehaltung des ökologischen Landbaus stellte die Regierung in den Jahren 2015 bis 2017 durchschnittlich 160 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung. Die Zahlungen für die Umstellung auf den Ökolandbau betragen z.B. für Ackerkulturen 300 Euro/ha und für den Gartenbau 900 Euro/ha, zuzüglich etwaiger Zuschläge der Regionen. Die halbstaatliche Agentur *Agence Bio* unterstützt insbesondere mit Öffentlichkeitsarbeit und Werbeaktionen Regierung und Unternehmen bei der Stärkung der Branche.

Gentechnisch veränderte Organismen (GVO)

Ähnlich wie in Deutschland wird die **Grüne Gentechnik** in der französischen Öffentlichkeit sehr kritisch gesehen. Teile der Landwirtschaft und der Wissenschaft zeigen hingegen Sympathie.

Frankreich hat die auf EU-Ebene beschlossene Opt-out-Regelung zum Anbau von GVO mit dem Gesetz 2015-1567 vom 2. Dezember 2015 umgesetzt. Es bleibt danach der jeweiligen Regierung überlassen, Verbote oder Beschränkungen des Anbaus von GVO im ganzen Land oder Teilen davon zuzulassen. Frankreich hatte für GVO-Maissorten, die auf EU-Ebene zugelassen wurden oder sich in der Zulassung befinden, die EU-Kommission aufgefordert, das Land von einer Anbauzulassung auszunehmen. Dies kommt einem faktischen Anbaumoratorium für GVO gleich.

Absicherung gegen Risiken

In Frankreich sind 4,6 Mio. ha durch Ernteversicherungen abgesichert. 2016 wurde ein neues Modell der Ernteversicherung als Mehrgefahrenversicherung gegen die wichtigsten Wetterextreme wie Trockenheit, Hagel, Frost, Überschwemmungen, Starkregen oder Sturm eingeführt. Die bisherige Regierung hat die Versicherungen mit jährlich 100 Mio. Euro (reine EU-Finanzierung) unterstützt, um dadurch attraktivere Versicherungsbeiträge für die Landwirte zu ermöglichen und eine breitere Akzeptanz der Ernteversicherung zu erreichen.

Zur Abdeckung von Risiken durch Tier- und Pflanzenkrankheiten sowie lokale Umweltschäden hat Frankreich 2013 den Nationalen Agrarfonds auf Gegenseitigkeit in den Bereichen Umwelt sowie Tier- und Pflanzengesundheit (FMSE) eingeführt mit obligatorischer Mitgliedschaft aller Landwirte. Der Fonds finanziert sich überwiegend aus staatlichen Zuschüssen.

Angesichts klimatischer Veränderungen – zuletzt deutlich geworden durch den verheerenden Frosteinbruch Anfang April 2021 – will Frankreich jetzt ein völlig neues System der partnerschaftlichen Risikoversicherung schaffen. Aus Gründen der nationalen Solidarität werde es auf jeden Fall einen noch zu bestimmenden starken öffentlichen Finanzierungsanteil geben.

Tierproduktion

Tierschutzfragen gewinnen in Frankreich zunehmend an Bedeutung. Besonders in den Blickpunkt gerät seit einiger Zeit der Tierschutz auf Schlachthöfen. Internetvideos der französischen Tierschutz-NGO L214 haben wiederholt tierschutzwidrige Praktiken in französischen Schlachthöfen aufgezeigt. Nach einer von Ex-Minister Le Foll angeordneten Inspektion aller 263 Schlachthöfe wurden zwei Schlachthöfe wegen gravierender Mängel vorübergehend geschlossen. Ein Aktionsplan des Landwirtschaftsministeriums soll Abhilfe schaffen. Im September 2016 hat zudem eine parlamentarische Untersuchungskommission einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Neben der mangelnden Sensibilisierung der Schlachthofmitarbeiter gehört der technische Modernisierungsrückstand vieler Schlachthöfe zu den wichtigsten Problemursachen.

Das Landwirtschaftsministerium hat im April 2016 einen Aktionsplan zum Tierschutz gestartet, der sich vor allem auf Forschung, Innovation und Bewusstmachung der mit Nutztieren umgehenden Menschen konzentriert. U.a. sollen Schlachthöfe stärker kontrolliert und verantwortliches Handeln der dort tätigen Personen gestärkt werden. Die Regierung unterstützt mit 4,3 Mio. Euro ein Projekt zur Geschlechtsbestimmung in Bruteiern, um das Töten von männlichen Küken zu verhindern.

Der **Antibiotikaeinsatz** in der Nutztierhaltung ist auch in Frankreich ein sensibles Thema in der Öffentlichkeit. Laut Jahresbericht 2019 der *Agence nationale du médicament vétérinaire (ANMV) – Agence nationale de sécurité sanitaire de l'alimentation, de l'environnement et du travail (Anses)* ist der Einsatz von Antibiotika seit 2011 um 45,3 % zurückgegangen.¹⁰³ Frankreich unterstützt den seit Jahren international angestrebten *One Health*-Ansatz bei der Verringerung des Antibiotika-Einsatzes.

Großbetriebe in der Tierhaltung sind abgesehen von der Geflügelhaltung in Frankreich wenig verbreitet, nehmen aber zu. Ein Milchkuhbetrieb für 1000 Kühe in der Region Hauts-de-France (ehem. Picardie, Nordfrankreich) wurde zunächst realisiert, konnte aber seine volle Kapazität letztlich wegen Genehmigungsschwierigkeiten nicht nutzen und gab im Januar 2021 auf. Mehrere Projekte mit bis zu 2000 Rindermastplätzen sind im Bau oder in der Planung. Gegen derartige Großbetriebe gibt es erheblichen Widerstand der Zivilgesellschaft. Dazu gehören örtliche Umweltgruppen, aber auch der zweitgrößte Bauernverband, die *Confédération paysanne*, die sich stark für die Erhaltung von Kleinbetrieben einsetzt. Die Proteste münden teilweise in gewaltsame Auseinandersetzungen. Der größte Bauernverband FNSEA zeigt sich offener gegenüber Großbetrieben.

¹⁰³ Jahresbericht von ANMV-Anses: <https://agriculture.gouv.fr/anses-surveillance-et-suivi-des-ventes-dantibiotiques>

Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich

Zwischen Deutschland und Frankreich besteht im Bereich Landwirtschaft und Ernährung traditionell eine enge Zusammenarbeit. Viele Themen berühren beide Länder gleichermaßen.

Regelmäßige Treffen auf Landwirtschaftsminister- und auf Staatssekretärebene helfen, die Positionen des Partners besser kennenzulernen und sich zu wichtigen Themen abzustimmen. Auch 2020 kam es zu mehreren bilateralen Gesprächen, wobei aufgrund der Covid-19-Pandemie häufig auf virtuelle Formate ausgewichen werden musste. Bundesministerin Julia Klöckner lud zu einem informellen EU-Agrarrat in Koblenz ein, der Anfang September 2020 stattfand, als Vorbereitung des Abschlusses der EU-Agrarreform Ende 2020. Schwerpunkte der Beratungen waren Lehren aus der Corona-Pandemie für Lieferketten und Agrarproduktion, die Einführung eines europaweit verbindlichen Tierwohlkennzeichens sowie strengere Regeln auf EU-Ebene für Tiertransporte in Drittstaaten.¹⁰⁴

Zur Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 tagte seit Juni 2017 wiederholt eine traditionelle Arbeitsgruppe mit Deutschland, Frankreich, Niederlande, Dänemark, Irland und Österreich, um sich frühzeitig auf die Reformdiskussion vorzubereiten. Die bilateralen Kontakte auf Arbeits- und politischer Ebene nahmen mit Fortschreiten der Diskussionen zu.

Ein regelmäßiger Austausch erfolgt auch in den Bereichen Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie zu Fragen der Digitalisierung.

Das Deutsch-französische Büro für die Energiewende (DFBEW) unterstützt seit 2014 mit einer zusätzlichen Stelle für Biomasse den Austausch über den von beiden Ländern verfolgten Ausbau der Bioenergieerzeugung.

Im Rahmen des Austauschs von Beamten hat das französische Landwirtschaftsministerium (*Ministère de l'Agriculture et de l'Alimentation (MAA)*) derzeit für zwei Jahre einen Beamten in das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) entsandt. Eine Austauschbeamtin des BMEL wird im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2022 im Landwirtschaftsministerium in Paris erwartet, voraussichtlich im Herbst 2021;

Botschafter Dr. Lucas traf FNSEA-Präsidentin Christine Lambert zu Gesprächen. Auch der Deutsche Bauernverband und der französische Mehrheitsverband FNSEA tauschen sich regelmäßig über aktuelle Fragen der EU-Agrarpolitik aus.

Die wirtschaftlich erfolgreiche deutsche Land- und Ernährungswirtschaft wird in Frankreich als wichtiger Mitbewerber wahrgenommen, der häufig als Maßstab für eigene Stärken und Schwächen herangezogen wird. Eine Aufgabe des Landwirtschaftsreferenten in Paris ist es deshalb, Aspekte der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft in Frankreich zu vermitteln und den Austausch auf allen Ebenen zu fördern. Ein Schwerpunkt betrifft dabei den landwirtschaftlichen Nachwuchs und die Jugend im ländlichen Raum.

¹⁰⁴ <https://www.bmel.de/SharedDocs/Meldungen/DE/Presse/2020/200831-rat-koblenz.html>

Ausblick

Die kommenden Wahlen in Frankreich und in Deutschland bieten die Chance, in der deutsch-französischen Zusammenarbeit auch im Bereich der Agrarpolitik und der Landwirtschaft zusätzliche neue Akzente zu setzen.

Agrarpolitisch stehen beide Länder in vielen Themenbereichen vor ähnlichen Herausforderungen, bei denen eine Intensivierung der Zusammenarbeit hilfreich sein kann. Dazu gehören neben dem Klimawandel, die Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020, die *Farm-to-Fork*-Strategie der EU sowie der *Green Deal*. Mehr Umweltschutz und weniger Einsatz von Antibiotika und chemischen Pflanzenschutzmitteln mit einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft in Einklang zu bringen, bleibt gemeinsames Anliegen.

Auch in der Politik der ländlichen Räume gibt es viele gemeinsame Themen: Frankreich mit seinem hohen Anteil an ländlich strukturierten Gebieten steht ebenso wie manche ländliche Region in Deutschland vor Herausforderungen der Abwanderung und Entleerung.

Frankreich ist nach den Niederlanden der wichtigste Exportmarkt für Produkte der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft. Umgekehrt ist Deutschland für Frankreich der wichtigste Abnehmer in diesem Bereich. Der Handelsaustausch wächst. Grundlage dafür ist der Respekt der Regeln des Binnenmarktes.

Frankreich eröffnet mit seiner geographischen Nähe, einer wachsenden Bevölkerung und einer sich nach der Pandemie wieder verbessernden Konjunktur weiterhin erhebliche Marktpotenziale für deutsche Qualitätsprodukte.

Kontakte

Ministerium (MAA – Ministère de l'Agriculture et de l'Alimentation)		
Generaldirektion für ökonomische und Umweltleistungen der Unternehmen <i>DGPE – Direction générale de la performance économique et environnementale des entreprises</i>	Referatsleiter Europa <i>Chef du Bureau Union européenne</i>	M. Marc Séverac marc.severac@agriculture.gouv.fr
Generaldirektion für ökonomische und Umweltleistungen der Unternehmen <i>DGPE – Direction générale de la performance économique et environnementale des entreprises</i>	Abteilungsleiter Europa und Internationales <i>Chef du service Europe et International</i>	M. Frédéric Lambert frederic.lambert@agriculture.gouv.fr
Generaldirektion für Ernährung <i>DGAL – Direction générale de l'alimentation</i>	Abteilungsleiter internationale Lebensmittel- und Gesundheitsangelegenheiten <i>Chef du service de la gouvernance et de l'international dans les domaines sanitaire et alimentaire</i>	M. Loïc Evain loic.evain@agriculture.gouv.fr
Regierungsnahe Institutionen		
Nationales Amt für Landwirtschaft und Fischerei <i>FranceAgriMer</i>	Leiter der Einheit EU- und internationale Angelegenheiten <i>Chef de l'unité Mission Affaires européennes et internationales</i>	M. Julien Barré julien.barre@franceagrimer.fr
Nationales Agrarforschungsinstitut <i>INRAE – Institut National de la Recherche pour l'Agriculture, l'Alimentation et l'Environnement</i>	Verantwortlicher für internationale Angelegenheiten Im Januar 2020 haben INRA und IRSTEA zu INRAE fusioniert. Für weitere INRAE Kontakte siehe https://www.inrae.fr/nous-connaître/organigramme	Mme Ségolène Halley des Fontaines segolene.halley-des-fontaines@inrae.fr
Agentur für den ökologischen Landbau <i>Agence BIO – Agence française pour le Développement et la Promotion de l'Agriculture Biologique</i>	Direktorin <i>Directrice</i>	Mme Laure Verdeau laure.verdeau@agencebio.org
Marketingagentur für Lebensmittel, Wein & Lifestyle <i>SOPEXA</i>		contacteznous@sopexa.com

Verbände und sonstige Organisationen		
Vereinigung der Ernährungsindustrie <i>ANIA – Association Nationale des Industries Alimentaires</i>	Direktorin <i>Directrice</i>	Mme Catherine Chapalain cchapalain@ania.net
Unternehmerverband des Einzelhandels <i>FCD – Fédération des Entreprises du Commerce et de la Distribution</i>	Geschäftsführer <i>Délégué général</i>	info@fecd.eu
Auslandshandelskammer <i>AHK – Chambre Franco-Allemande de Commerce et d'Industrie</i>	Leiterin Marketing <i>Chef du Service Marketing</i>	Frau Silke Kunstreich skunstreich@francoallemand.com
Nationaler Dachverband der Verbände landwirtschaftlicher Betriebe <i>FNSEA – Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles</i>	Leiter Agrarpolitik und Internationales <i>Chef du Service Politiques agricoles et internationales</i>	M. Sylvain Lhermitte sylvain.lhermitte@fnsea.fr
Gesellschaft der französischen Landwirte (Think-Tank) <i>agr'iDées – Société des agriculteurs de France</i>	Geschäftsführer <i>Délégué général</i>	M. Jean-Baptiste Millard millard@saf.asso.fr

Anhänge

Anlage 1: Länderprofil Frankreich

I. Allgemeine Angaben

Größe des Landes	543 965 km ² (ohne Überseegebiete)
Hauptstadt	Paris
Regierungsform	Parlamentarische Präsidialdemokratie
Parteien	La République en marche (LREM) Les Républicains (LR) Parti Socialiste (PS) Rassemblement National (RN) Parti Communiste Français (PCF) Mouvement Démocrate (MODEM) Union des Démocrates et Indépendants (UDI) La France insoumise, Parti Radical de Gauche (PRG) Europe Écologie Les Verts (EELV)
Staatsoberhaupt und Regierungschef	Staatsoberhaupt: Emmanuel Macron (LREM) Regierungschef: Jean Castex (LR)
Vizepräsident	Präsident des Senats: Gérard Larcher (LR)
Landwirtschafts- und Ernährungsminister	Julien Denormandie (LREM)
Mitgliedschaft des Landes	Vereinte Nationen, EU, NATO, WEU, IWF, OECD, UNESCO, OSZE, Abrüstungskonf. der VN
Bevölkerung (zum 1.1.2021) ¹⁰⁵	67,41 Mio.
Bevölkerungsdichte (2021)	124/km ² (ohne Überseegebiete)
Bevölkerungswachstum (2020) ¹⁰⁶	+0,3 %
Erwerbstätige (2019) ¹⁰⁷	29,7 Mio.
Arbeitslosenquote (4. Quartal 2020) ¹⁰⁸	8,0 %

¹⁰⁵ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/5225246>

¹⁰⁶ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/5012724>

¹⁰⁷ https://www.insee.fr/fr/statistiques/fichier/4498573/irsoceec19_dd2_xlsx.zip

¹⁰⁸ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/5044459>

Wert	Angaben in	2010	2011	2012	2013	2014
BIP-Wachstum-real	%	1,5	1,7	0,0	0,3	0,2
BIP pro Kopf	€	29.923	30.523	31.059	31.330	31.145

Wert	Angaben in	2015	2016	2017	2018	2019
BIP-Wachstum-real	%	1,0	1,1	2,3	1,8	1,5 ¹⁰⁹
BIP pro Kopf	€	32.951	33.337	34.079	36.644	37.144

II. Agrarwirtschaftliche Basisdaten: Deutschland – Frankreich im Vergleich

	DEU (2018)	FRA (2018)
Landwirtschaftliche Produktion (in Mrd. €)	52,2	73,5
davon pflanzliche Erzeugnisse	44,7 %	60,4 %
davon tierische Erzeugnisse	53,4 %	36,1 %
sonstiges	1,9 %	3,5 %
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	16,6 Mio. ha	29,0 Mio. ha
Zahl landwirtschaftlicher Betriebe	276.100 (2016)	456.500(2016)
Durchschnittliche Betriebsgröße (2013)	60,5 ha (2016)	60,9 ha
Anteil Betriebe ab 100 ha (in %)	12,3 (2013)	20,7 (2013)
Milchkühe/Halter	54 (2013)	40 (2013)
Anteil Nebenerwerbsbetriebe	33 % (2013)	11 % (2013)
Erwerbstätige in der Landwirtschaft (Jahres-Arbeitskrafteinheiten, 2013)	523.000	725.000
Umsatz Ernährungswirtschaft (in Mrd. €)	171	180
Erwerbstätige in der Ernährungswirtschaft	608.000	752.000
Wichtigste Produkte der Ernährungswirtschaft	Fleisch: 21 % Back- u. Süßwaren: 15 % Milch u. Milchprodukte: 12 %	Fleisch: 19 % Weine u. Spirituosen: 17 % Milch u. Milchprodukte: 17 %
Anteil am BIP (in %) Landwirtschaft	0,7	1,6
Außenhandel Land- und Ernährungsgüter (2018)		
Export	71,6	62,4
Import	85,2	55,7
Bilanz	- 13,6	6,7
EGFL-Zahlungen → Einzahlung oder Rückfluss? (in Mrd. € pro Jahr / 2017)		
Einzahlungen	9,1	7,4
Rückfluss	5,0	7,8

Quelle: http://ec.europa.eu/budget/figures/interactive/index_de.cfm; Stat. Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2017

¹⁰⁹ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/4500483#encadre1>

Anlage 2: Entwicklung des deutsch-französischen Außenhandels mit Ernährungsgütern

		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017*	2018
Deutsche Einfuhr	in Mio. €	6.488	6.379	6.336	6.366	6.186	6.161	6.152	5.853
	Veränderun g in %	+ 17,6	- 1,7	- 0,2	+ 0,4	+ 2,8	- 0,4	- 0,1	-4,9
Deutsche Ausfuhr	in Mio. €	5.719	5.884	5.660	5.625	6.024	6.044	6.227	6.010
	Veränderun g in %	+ 10,5	+ 2,9	- 3,8	- 0,6	+ 1,8	+ 0,3	+ 3,0	-3,5

*Angaben vorläufig

Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2019, S. 235-240.

Anlage 3: Selbstversorgungsgrad (in %) ausgewählter tierischer Erzeugnisse

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018 ¹¹⁰
Rind- und Kalbfleisch	104	104	114	116	115
Schweinefleisch	107	107	110	108	107
Schaf- und Ziegenfleisch	52	57	59	60	60
Geflügel	105	104	104	99	96
Fleisch insg.	104	103	104	106	107
Eier	105	101	100	100	**

Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2019

** Keine Angabe

¹¹⁰ Zahlen vorläufig

Abkürzungsverzeichnis

AB – Agriculture Biologique

Agreste – Statistischer Dienst des Landwirtschaftsministeriums

AHK – Deutsch-Französische Auslandshandelskammer

ANMV – Agence nationale du médicament vétérinaire

ANIA – Association nationale des industries alimentaires

Anses – Agence nationale de sécurité sanitaire de l'alimentation, de l'environnement et du travail

AOC – Appellation d'origine contrôlée

AOP – Appellation d'origine protégée

BIP – Bruttoinlandsprodukt

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

RPB – Régime de paiement de base

CETA – Comprehensive Economic and Trade Agreement

CNIEL – Centre national interprofessionnel de l'économie laitière

cPS – chemischen Pflanzenschutzmittel

CRDCA – Comité de règlement des différends commerciaux agricoles

DFBEW – Deutsch-französische Büro für die Energiewende

DGAL – Direction générale de l'alimentation

DGCCRF – Direction générale de la concurrence, de la consommation et de la répression des fraudes

DGPE – Direction générale de la performance économique et environnementale des entreprises

EARL – Exploitation agricole à responsabilité limitée

ELER – Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

Engref – Ecole nationale du génie rural, des eaux et des forêts

EU – Europäische Union

FCD – Fédération des entreprises du commerce et de la distribution

FMSE – Fonds national agricole de mutualisation sanitaire et environnemental

FNPL – Fédération nationale des producteurs de lait

FNSEA – Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles

GAEC – Groupement agricole d'exploitation en commun

GAP – Gemeinsame Agrarpolitik (frz. PAC)

GVO – gentechnisch veränderten Organismen (frz. OGM)

HVE – haute valeur environnementale

INAO – Institut national de l'origine et de la qualité

INRA – Institut national de la recherche agronomique

INSEE – Institut national de la statistique et des études économiques

JA – Jeunes agriculteurs

LEADER – Liaison entre actions de développement de l'économie rurale

MAA – Ministère de l'Agriculture et de l'Alimentation

MAEC – Mesures agroenvironnementales et climatiques

MERCOSUR – Gemeinsamer Markt Südamerika

NGO – Nichtregierungsorganisation

PHAE – Prime herbagère agro-environnementale

PME – petites et moyennes entreprises

PNGRAT – Programme national de gestion des risques et assistance technique

POSEI – Programme d'options spécifiques à l'éloignement et l'insularité

PSM – Pflanzenschutzmittel

SIA – Salon international de l'agriculture

SIAL – Salon international d'alimentation

SIOQ – signes de l'origine et de la qualité

SMIC – Salaire minimum de croissance (françaischer Mindestlohn)

SPS – Sanitary and phytosanitary

STG – Spécialité traditionnelle garantie

THG – Treibhausgasemissionen

TTIP – Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

HERAUSGEBER

Bundesministerium für Ernährung
und Landwirtschaft (BMEL)
Abteilung 6 –
EU-Politik, Internationale Zusammenarbeit, Fischerei
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

STAND

Juni 2021

UMSCHLAGGESTALTUNG/DRUCK

BMEL

BILDNACHWEIS

Titel: Argus/stock.adobe.com

TEXT

Deutsche Botschaft in Paris / Wirtschaftsabteilung
Klaus Kehrein (Landwirtschaftsreferent)
Anna Sophia Schwarz (Assistentin)
Manuela Kiehl (Hospitantin)
Jermaine Taylor (Hospitant)

**Diese Publikation wird vom BMEL unentgeltlich abgegeben.
Sie darf nicht im Rahmen von Wahlwerbung politischer Parteien
oder Gruppen eingesetzt werden.**

Weitere Informationen unter
www.agrarexportfoerderung.de
www.bmel.de
🐦 @bmel
© Lebensministerium

